



**Das Zweite Vatikanische Konzil –
für heute**

I. Beiträge

<i>Ernst Dertmann:</i>	„Papst kann jeder werden - das beste Beispiel bin ich“ Johannes XXIII. – papa buono und Konzilspapst 5
<i>Heinz-Günther Stobbe:</i>	Die Friedenslehre des Vatikanum II - wesentliche Inhalte und Aufgaben24
<i>Gunhild Ockel:</i>	„Nostra Aetate“ – ein provokativer Konzilstext37
<i>Ferdinand Kerstiens:</i>	Religionsfreiheit und Gewissensfreiheit als Frucht des Konzils52
<i>Klemens Richter:</i>	Auch fünf Jahrzehnte „danach“: Liturgie als Mitte der Erneuerung von Glaube und Kirche64
<i>Ferdinand Kerstiens:</i>	Der Mensch in der Mitte.....77

II. Dokumente

<i>Antje Vollmer:</i>	Predigt im Politischen Nachtgebet86
-----------------------	---

Hinweise

<i>Termine</i>	aktuelle Übersicht.....93
<i>Bürozeiten</i>	der Bistumsstelle Münster99

Herausgeber: PAX CHRISTI Bistumsstelle Münster

Breul 23, 48143 Münster, Telefon: 0251/511 420, e-mail: muenster@paxchristi.de

Internet: www.muenster.paxchristi.de

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster – Kto.Nr. 3 962 600 – BLZ 400 602 65

Redaktion: Ernst Dertmann, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Layout: Inga vom Rath

Bildnachweis: Privatfotos (Ernst Dertmann, Eberhard Ockel, Wim Wigger, Publik

Forum) Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel

Liebe Freundinnen und Freunde der Pax Christi-Bewegung,

mit der ersten Ausgabe der Korrespondenz 2011 haltet ihr eine Sonderausgabe zum Zweiten Vatikanischen Konzil in den Händen. Alle Beiträge zu Aktivitäten im Bistum werden in die nächste Ausgabe verschoben.

1991 veröffentlichte der Liturgieprofessor Klemens Richter das Buch „Das Konzil war erst der Anfang“. Da war das Zweite Vatikanische Konzil fast 30 Jahre her und von Anfang oder Weiterentwicklung des Geistes des Konzils war wenig zu spüren. Nun jährt sich die Eröffnung des Konzils bald 50 Jahre und wir stellen die vorliegende Ausgabe unter die Fragestellung, was aus den vielfältigen Anstößen der Konzilstexte für Leben und Glauben der Christen geworden ist und welche Impulse einer „Verheutigung“ nach wie vor bedürfen. Ernst Dertmann nähert sich zum Auftakt unter dem Titel „Papst kann jeder werden - das beste Beispiel bin ich“ der Biographie und bleibenden Bedeutung von Papst Johannes XXIII., Heinz-Günter Stobbe erörtert im Anschluss die Friedensaussagen des Konzils, bevor Gunhild Ockel auf die Erklärung zu den nichtchristlichen Religionen „Nostra aetate“ eingeht. Ferdinand Kerstiens beschreibt im Folgenden die „Religionsfreiheit und Gewissensfreiheit als Frucht des Konzils“, bevor Klemens Richter die Bedeutung der liturgischen Reformen des Konzils erschließt und wiederum Ferdinand Kerstiens ausgehend von den Aussagen der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ den „Mensch in die Mitte“ stellt. Eine Dokumentation der Predigt von Antje Vollmer im letzten Politischen Nachtgebet rundet diese „Konzilsnummer“ ab.

Dazu passend wirft eine Veranstaltung ihre Schatten voraus: Am 14. Mai verleiht Pax Christi im Bistum Münster erstmals den Papst Johannes XXIII.-Preis an den Preisträger Norbert Arntz. Wir werden ausführlich berichten.

Und an dieser Stelle bereits ein Blick in den Sommer: Am Samstag 2. Juli organisiert der SprecherInnenkreis einen Studientag mit dem Arbeitstitel „Das Menschenrecht auf Wasser“ Thematisch wird es um die

Bedeutung des Wassers gehen, um die weltweiten Kämpfe und Kriege um Wasser und die Versuche der Konzerne, sich mittels Privatisierung und Geheimverträgen auch in Deutschland die Verfügung über das kostbarste Gut zu sichern. Ein spannendes und wichtiges Thema; den Termin bitte schon einmal vormerken!

Der Einsatz für den Frieden braucht Gesichter. Die wichtige Mitteilung zum Schluss: Wir freuen uns, dass es mit eurer Hilfe möglich geworden ist, dass Ernst Dertmann seit 1. März für drei weitere Jahre als Friedensarbeiter die Friedensarbeit der Bistumsstelle mit einem (hauptamtlichen) Gesicht versehen kann. Vielen Dank, Ernst, für deine Arbeit, das Jahr wird spannend!

Viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe wünschen

Ernst Dertmann
Ferdinand Kerstiens
Stefan Leibold
Eberhard Ockel

Ernst Dertmann

„Papst kann jeder werden – das beste Beispiel bin ich.“

Johannes XXIII. – papa buono und Konzilspapst



Es wird erzählt, dass Menschen auf dem Petersplatz in Rom nach der Wahl des neuen Papstes gerufen hätten: „Habemus opapam!“ Dom Helder Camara erinnert sich an Johannes XXIII. als „den jünglichsten Papst der Kirchengeschichte und den jünglichsten

Menschen, den ich je getroffen habe“. Er galt und gilt als „der gute Papst“ (papa buono) und als Reformierender. Er war der Papst der Herzen, der gutmütige Plauderer auf dem Stuhle Petri, der nach der Überraschungswahl fast 77 Jahre alt war. Die große jüdische Philosophin Hannah Arendt sah in dem Bauernsohn aus dem Dörfchen Sotto il Monte, der am 28. Oktober 1958 die Nachfolge des aristokratisch handelnden Pius XII. antrat, einen „als Papst verkleideten Menschen“.

Weißer Rauch stieg auf. Hinter den Kulissen hektisch. Die neuen Kleider sind zu eng. Auch die Schneider hatten nicht mit ihm gerechnet. So kann der Papst beim ersten Segen kaum die Arme heben. Die Menge jubelt trotzdem. „Alle lieben mich“, sagt er, „nur die Schneider nicht“. Und sehr bald waren da die ersten Audienzen „und wir haben gefragt: Na, und wie war denn die erste Audienz mit dem neuen Papst? Kopf schüttelnd: Merkwürdig. Ja, warum? Der erzählt Witze“. (Kardinal König, Wien)

Zu Weihnachten 1958 besuchte Papst Johannes das römische Stadtgefängnis. Die Gefangenen begrüßten ihn überschwänglich. Der Papst sah, dass eine Tür verschlossen war. Er fragte „Warum ist diese Tür verschlossen?“ Die Antwort: „Da sitzt ein Schwerverbrecher, der dort nicht heraus darf“. Dann fragte der Papst: „Kann ich denn zu ihm hineingehen?“ Er durfte. Die Tür wird geöffnet, und der Gefangene steht vor dem Papst. Der Häftling fragt ihn: „Gelten Ihre Worte von Vergebung auch für mich? Gibt es für einen Menschen wie mich überhaupt Vergebung?“ Und wie reagiert Johannes XXIII.? Er umarmt ihn. Er sagt kein Wort und trotzdem spricht er in dieser Geste alle Worte des Neuen Testaments. Der Papst besuchte an Weihnachten auch eine Kinderklinik und beschenkte die



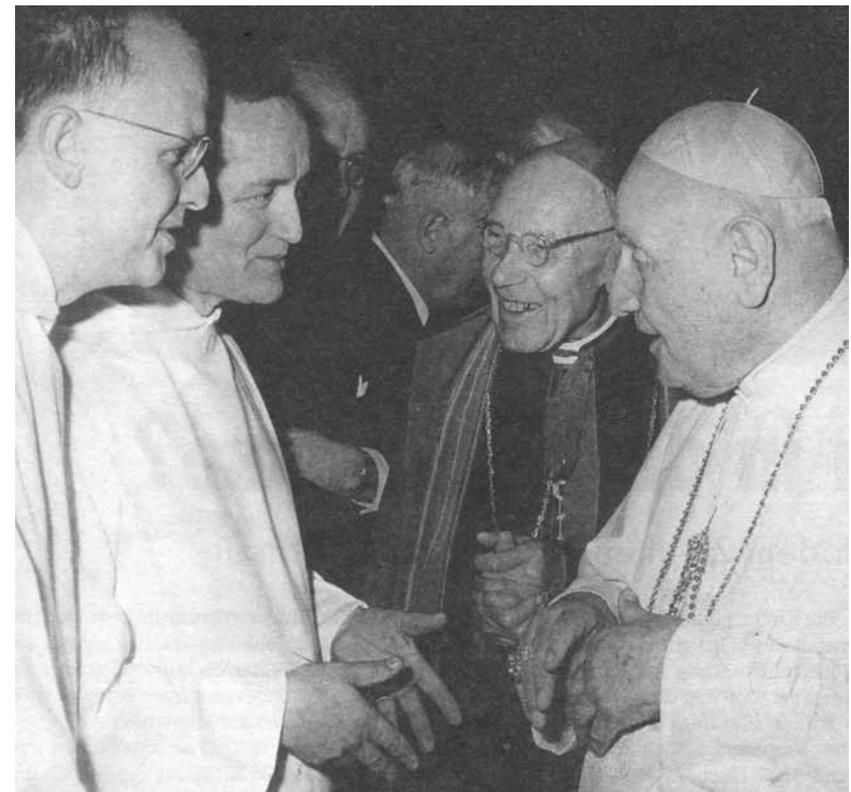
Kranken und sprach mit jedem: ein Besuch, der besonders ins Herz der Italiener ging.

Aber es gab auch harsche Urteile über Johannes XXIII., vornehmlich aus dem traditionalistischen Lager: Mit dem von ihm inspirierten Zweiten Vatikanischen Konzil habe Angelo Guiseppe Roncalli seine Kirche in einen revolutionären Strudel gestürzt und sie dem Modernismus ausgeliefert. Das Konzil, das erste, an dem Bischöfe aus allen Erdteilen teilnahmen, hatte er einberufen, damit es eine zeitgemäße Definition des Christseins finde. Loris Francesco Capovilla, sein Privatsekretär: „Er war wenige Wochen Papst. Da sagte er mir, wir brauchen ein Konzil, einfach so, ganz nebenbei.



Fast einen Monat später, vor Weihnachten sagt er dann - so wie sich die Dinge entwickeln, denke ich, muss ich es versuchen. Ich muss das Netz ins Meer werfen. Ich muss das Konzil riskieren“.

Das Konzil, so hatte Papst Johannes die Vorbereitungskommission wissen lassen, sei kein Kongress für theologische Spekulationen, „sondern ein lebendiger pulsierender Organismus, der alle in der Liebe Christi umarmt“. Die Christen sollten heraus aus der Defensive, aus der Bunkermentalität. Nicht Anpassung, sondern Öffnung der Kirche für eine sich dramatisch verändernde Welt war das Ziel. Vertreter anderer Kirchen lud Johannes ein, das Konzil zu beobachten. Er empfing sogar die Spitze der japanischen Buddhisten – getreu dem Motto: „Vorrang hat die Suche nach Gemeinsamkeiten. Wir wollen keine Gerichtsverhandlung



aufziehen. Wir sagen ganz einfach: Versammeln wir uns und hören wir mit den Streitigkeiten auf!“

Das war Papst Johannes XXIII. - das freundliche Gesicht des Glaubens: neugierig, dialogbereit, lernfähig. Mit dem Mut zur „heiligen Verrücktheit“. Bereit mit „allen Menschen guten Willens“ zusammenzuarbeiten, wie es in seiner Friedenszyklika „Pacem in terris“ hieß.

Gerade weil der überkommene „Antimodernismus“ ihm zuwider war, konnte er der Kirche einen Weg zu konstruktiver Zivilisationskritik weisen. Auch deshalb wurde er in hohen Kurienkreisen gehasst.

Trotz seiner konservativen Prägung warnte er vor den „Unheilsprophe-ten“ in den eigenen Kreisen und forderte die Kirche auf, einen „Sprung vorwärts“ zu wagen. Unter dem Pontifikat dieses Papstes begannen die Früchte einer lange zurückgedrängten ökumenischen Bewegung zu reifen.

Auch bleibt die Erinnerung an einen Vorgang, der 1962 weltweit Aufsehen erregte. Ein Kardinal verwendete bei der Karfreitagsliturgie im Petersdom in den Großen Fürbitten die alte Formulierung: „Oremus et pro perfidis Judaeis“ – „Lasst uns auch beten für die treulosen Juden...“ Da wies der Papst den Kardinal öffentlich zurecht: „Wiederholen Sie die Fürbitte, aber nach der neuen Form!“ Hier kündigte sich bereits der grundstürzende Wandel im Verhältnis des Christentums zum Judentum an, der dann auf dem Konzil endgültig vollzogen wurde. Das Dokument „Nostra Aetate“ war eine der wichtigsten Zeitsagen dieser bedeutendsten Kirchenversammlung des 20. Jahrhunderts.

Und diese Erklärung hat einen Vater: Papst Johannes XXIII. Schon in Sofia (1925-35) und vor allem in Istanbul während des Zweiten Weltkriegs (1935-44) war es ihm eine Herzens- und Gewissenssache, unter großem persönlichem Einsatz das Leben vieler Juden vor dem Tod in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern zu retten.

Sofort nach seiner Wahl zum Papst strich er aus der Karfreitagsliturgie den Ausdruck, der von den „treulosen Juden“ sprach. Im Oktober 1960 begrüßte er eine Gruppe Juden mit den Worten aus dem 1. Buch Mose:

„Ich bin Josef, euer Bruder“. Ein solcher Ausdruck der Brüderlichkeit war ein völlig neuer Ton nach den vielen Jahrhunderten, die von der „Sprache der Verachtung“ (Jules Isaak) geprägt waren.

Johannes XXIII. hatte ein Gespür für das, was sich im Bewusstsein der Kirche veränderte, und er hatte den Mut, ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Aber eine Idee in die Tat umzusetzen kann auch für einen



Papst schwierig sein. So war er glücklich, für diese Aufgabe in Pater Augustin Bea SJ (angesehener Bibelwissenschaftler, Kenner der Kurie, ein Mann von Wissenschaft und Weisheit, der menschliches Einfühlungsvermögen, Klugheit und persönliche Frömmigkeit in seine neue Aufgabe mitbrachte) einen wichtigen Mitarbeiter zu finden. Bea wurde Kardinal und der erste Präsident des „Sekretariats für die Förderung der Einheit der Christen“. Als Johannes XXIII. nach dem denkwürdigen

Besuch von Jules Isaak (französische Historiker und Mitbegründer des christlich-jüdischen Dialoges in Frankreich) im Juni 1960 entschied, das Zweite Vatikanische Konzil solle eine Erklärung zum Judentum veröffentlichen, und als er Augustin Bea mit der Vorbereitung beauftragte,

musste dieser nicht nur völliges Neuland, sondern ein total vermintes Gelände betreten. Es gab vehemente Opposition von Innen und Außen. Von Innen kamen die bekannten Schemata des Antijudaismus zum Vorschein, von Außen kam es besonders von Seiten einiger Moslem-Länder zu einem Sturm des Widerstands, der mit handfesten Drohungen gegen die Christen verbunden war, die als kleine Minderheiten in diesen Ländern lebten. Das alles fand Ausdruck in allen möglichen und unmöglichen Pamphleten und Hetzschriften.

Am Ende seines Lebens 1963 dauerte der Todeskampf des Papstes Johannes sehr lange: 83 Stunden. Agonie und Tod wurden von Gebet und Trauer der Menschen in aller Welt begleitet: und auch die rote Fahne im Kreml, die Gebetsfahnen in Tibet und die UNO-Fahne in New York wurden auf halbmast gesenkt. Das hatte es niemals zuvor gegeben.

Die Kraft des Herzens war die wohl auffälligste Eigenschaft dieses, des 261. Papstes gewesen. Sie befähigte ihn, aus seiner kurzen Amtszeit ein „Pontifikat des Aufbruchs“ (Kardinal Döpfner, München) zu machen - ein Pontifikat, in dem er - uralten Gewohnheiten und Bräuchen sanft, aber nachdrücklich widerstrebend - für die katholische Kirche neue theologische, politische und soziale Wegweiser setzte.

Er

- förderte innerhalb der Kirche einen freiheitlicheren Geist, der vor allem in der ersten Session des von ihm einberufenen Konzils zum Ausdruck kam,
- beschrift neue Wege zur Annäherung der katholischen und nichtkatholischen Christen,
- weitete in seinem Lehrschreiben (Enzyklika „Mater et magistra“) erstmals den Blick auf die sozialen Fragen in den Entwicklungsländern und das Verhältnis Nord und Süd



- richtete als erster Papst sein Lehrschreiben „Pacem in terris“ vom April 1963, in dem er die politische Situation des Atomzeitalters analysierte und Wege aus der Gefahr aufzeigte, an alle Menschen guten Willens. Darin fordert er generell, „daß Atomwaffen verboten werden“. Aus der „schrecklichen Zerstörungsgewalt der modernen Waffen“ schließt Johannes XXIII.: „Darum ist es in unserer Zeit, die sich des Besitzes der Atomkraft rühmt, vernunftwidrig [alienum est a ratione; Wahnsinn], den Krieg noch als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung verletzter Rechte zu betrachten.“
- gab den gläubigen Katholiken im Westen größere politische Freiheiten, begünstigte damit die „Öffnung nach links“ und
- leitete erste Kontakte mit den Staaten des Ostblocks ein.

Die Kraft seines Herzens durchdrang schließlich sogar die in fast 2000 Jahren gewordene und verhärtete Ordnung der Kirche, ihre Riten und Vorschriften, ihre Überlieferungen und Fesseln, wie sie Bertolt Brecht in der berühmten päpstlichen Einkleidungszenne seines Stücks „Leben des Galilei“ symbolisch verdeutlicht hat. Dort ist der Papst am Ende nur noch eine Institution, eine vorschriftsmäßig gekleidete Figur ohne Gesicht und menschliche Gestalt. Johannes XXIII. blieb auch unter der entpersönlichenden Gewalt des Amtes ein Mensch und vermenschlichte das Amt.

„In keiner Stunde“, schrieb der Limburger Weihbischof Walther Kampe, „wurde der Mensch Giuseppe Angelo Roncalli von der Papstgestalt des 23. Johannes so aufgesaugt, dass dieser gütige, väterliche, bescheidene und demütige Christenmensch nicht mehr zu erkennen gewesen wäre. Im Gegenteil: Von dieser Person gingen so starke menschliche Kräfte aus, dass auch im Amt des Papstes ganz neue Seiten aufleuchteten, die vorher nicht in dieser Weise sichtbar gewesen waren. Der strenge Rahmen des Zeremoniells wurde gesprengt, und das fast überirdische Erscheinungsbild des Summus Pontifex erhielt jetzt durch ihn menschliche Züge.“

Mit Papst Johannes XXIII. begann ein neuer Abschnitt in der Entwicklung des Katholizismus. Die Kirche bewegte sich in Richtung auf jenes „neue Pfingsten“, das nach dem Willen dieses Papstes durch „sein“ Zweites Vatikanisches Konzil herbeigeführt werden sollte. In der Eröffnungsrede

zu diesem Konzil hatte Johannes - unverwechselbar er selbst - seinem Optimismus über die Zukunft der katholischen Kirche Ausdruck gegeben. Er spottete über „Andeutungen mancher Seelen, die zwar vor Eifer glühen, aber nicht mit übermäßig viel Sinn für Klugheit und rechtes Maß begabt sind“. „Sie sehen“, meinte er, „in den modernen Zeiten nur Unrecht und Ruin“, und erinnerte mit souveräner Gelassenheit daran, dass die Kirche auch in der Vergangenheit nicht nur aus lauter Heiligkeit bestanden habe - „als ob zur Zeit der früheren Ökumenischen Konzile alles vor sich gegangen wäre in vollem Triumph der christlichen Idee und des christlichen Lebens und der rechten religiösen Freiheit“. „Aber Uns scheint“, so verkündete der Papst mit dem starken Herzen, „solchen Unglückspropheten widersprechen zu müssen, die immer unheilvolle Ereignisse ankündigen, als ob das Ende der Welt bevorstünde.“

Einen „Schritt vorwärts“ verlangte Johannes von den Konzilsvätern und er forderte statt Härte die Anwendung von Milde: „Heutzutage jedoch zieht die Braut Christi (die Kirche) es vor, eher von den Heilmitteln der Barmherzigkeit als von der Strenge Gebrauch zu machen ...“

Der Roncalli-Papst wurzelte in seinem Heimatdorf Sotto il Monte, das zur Diözese Bergamo gehört, die sogar im katholischen Italien als „cattolicissima terra“ gilt - als „allerkatholischste Erde“. Die kleinen Bergamasken konnten noch kaum nach der Mutter rufen, da stammelten sie schon ihre Gebete. So wuchs auch Angelo Guiseppa Roncalli als drittes von dreizehn Kindern auf. Den kleinbäuerlichen Roncallis war die Armut so selbstverständlich wie den patrizischen Pacellis (Pius XII.) der Reichtum. Das Pontifikat Angelo Roncallis brachte keinem seiner Angehörigen irgendeinen materiellen



oder beruflichen Vorteil – ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der seine Verwandtschaft reichlich damit versah.

Während Pius XII. von der Stunde an, in der er seinen Familiennamen gegen den Papstnamen eintauschte, seine Vergangenheit auszulöschen versuchte, plauderte Johannes XXIII. gern über seine einfache Herkunft.

In Paris erwähnte der damalige Nuntius Roncalli gelegentlich, dass er sein Heimatblatt „Eco di Bergamo“ ebenso gründlich lese wie das offiziöse Vatikanblatt „Osservatore Romano“.

Die Eltern schickten den 11-jährigen Roncalli auf das Priesterseminar nach Bergamo und nutzten damit die einzige, von der Kirche gebotene Chance, ihren ältesten Sohn studieren zu lassen. Schon in seinen frühen Priesterjahren traf Roncalli auf zwei Amtsbrüder, die beide zu den Progressiven zählten – auf Ernesto Buonaiuti, der die katholischen Dogmen der Zeit anpassen wollte und deshalb später als „Modernist“ exkommuniziert wurde, und auf Giacomo Radini-Tedeschi, den Bischof von Bergamo, der zu den arbeiterfreundlichen Oberhirten zählte, die damals im Lande der Päpste nicht eben zahlreich waren. Er ernannte Roncalli zu seinem Sekretär.

Roncalli unterschied zwischen dem Irrtum und dem Irrenden, und er hielt seinen Freunden die Treue, auch als diese der Kirche nicht mehr angehörten. Seiner Heimat blieb Roncalli immer, auch in seinen wissenschaftlichen Arbeiten, verbunden. Der bischöfliche Sekretär lehrte am Priesterseminar Kirchengeschichte. Der Wunsch des Priesters, nach neunjähriger Sekretärzeit Seelsorger in einer dörflichen Gemeinde zu werden, erfüllte sich nicht. Von 1915 bis 1918 musste er in der Armee dienen: als Sanitätssergeant, später als Feldkaplan. Auch nach Kriegsende blieb Roncalli ein Pfarrer ohne Pfarrei: Priesterseminar in Bergamo, Vatikan („Päpstliches Werk der Glaubensverbreitung“), Lehrstuhl für Kirchengeschichte.

1925 wurde Roncalli ein Bischof ohne Diözese: Apostolischer Visitator in Bulgarien. Roncalli hatte in Bulgarien keinen Vorgänger; er galt offiziell

nur als päpstlicher Beauftragter für die bulgarischen Katholiken. Reisen zu Pferde führten ihn in alle Teile des Landes. Missionarischer Eifer war ihm fremd. Roncalli: „Ich sehe schon, dass ich hier immer nur ein demütiger Sämann und nie ein Baumeister sein werde.“ 1934 wurde er zum Apostolischen Delegaten in Griechenland und der Türkei ernannt. Von den bulgarischen Katholiken verabschiedete er sich: „Wenn ich nicht einmal die Steine auflas, die man auf mich warf, so beweist dies, dass ich sogar diejenigen liebe, die sie warfen. Denken wir darüber ernstlich nach: Es wird der Tag kommen, wo es nur eine Herde und einen Hirten geben wird.“

Im Dezember 1944 erhielt Roncalli, der bis dahin nur zweitrangige Posten innegehabt hatte, zum ersten Mal ein wichtiges Amt: Er wurde zum Nuntius in Frankreich ernannt. Roncalli ließ sich durch den neuen Status nicht dazu verleiten, seine unkonventionellen Arbeitsmethoden zu ändern. Ihm waren weiterhin persönliche Kontakte und Reisen in alle Regionen Frankreichs wichtiger als der diplomatische Schriftverkehr: In acht Jahren richtete der Nuntius nur drei offizielle Schreiben an die französische Regierung.

Schwierige Konflikte löste er mit seinem Humor, seinem diplomatischen Geschick und seinem zum Ausgleich neigenden gütigen Charakter. Erst als Roncalli Papst geworden war und das Konzil vorbereitete, wurde klar, dass damals das Herz des Nuntius dem Wirken der Arbeiterpriester viel Sympathie entgegengebracht hatte. Als Papst suchte er selbst nach neuen, volksnahen Formen der Seelsorge.

Als Roncalli im Januar 1953 zum Kardinal ernannt wurde, setzte ihm das rote Birett nicht der Heilige Vater, sondern ein kirchenfremder Katholik auf: der französische Staatspräsident Auriol, der sich selbst einen „Ungläubigen“ nannte. Roncalli befürchtete, als Kurienkardinal in den Vatikan übersiedeln und in irgendeiner Kongregation, einem päpstlichen Ministerium, „zwischen Aktenbündeln enden“ zu müssen.

Doch der aristokratische Pius XII. holte den nun in Purpur gekleideten Bauernsohn nicht in die Kurie. Fünf Jahre lang durfte Roncalli noch fern vom Vatikan residieren - als Patriarch in Venedig.

Im Oktober 1958 aber kehrte er aus dem Konklave nicht nach Venedig zurück. Im zwölften Wahlgang erhielt der 76-Jährige mehr als zwei Drittel der Stimmen. Seit mehr als 200 Jahren war kein so alter Kirchenfürst mehr zum Papst gewählt worden.

Vom Charakter her schien er, der niemals Karriere machen wollte, keine „Gefahr“ mit Überraschungen zu bieten. Roncalli gab keinen Anlass für „irgendwelche Vorschusserwartungen“ (Kardinal Döpfner, München). Er „besaß nicht die glänzenden Sprachenkenntnisse wie Pius XII., nicht seine feine Bildung und nicht die große diplomatische Erfahrung, die jener sich als Kardinal -Staatssekretär hatte erwerben können. Aber er war „der Mann, von Gott gesandt und sein Name war Johannes“ (Kardinal Frings, Köln).



Auch Johannes selbst sah seine Aufgabe nicht in der Rolle eines Neuerers. Er selbst ahnte nicht, dass in ihm mehr steckte als ein Interims-Verwalter. Vor der Wahl meinte er, es sei nicht wichtig, ob „der Papst ein Bergamaske“ sein werde. Der neue Oberhirte müsse nur „ein Mann des weisen und milden Regiments“ sein.

Schon drei Monate nach seiner Wahl zum Papst löste Johannes XXIII. für sich dieses Problem: Am 25. Januar 1959 berichtete er den Kardinälen „zitternd vor Bewegung, aber zugleich mit demütiger Entschlossenheit“, er habe in der „Intimität und Schlichtheit Unseres Geistes eine göttliche Einladung zur Einberufung eines Ökumenischen Konzils“ gehört.

Über die Aufgaben des Konzils hatte Johannes XXIII. „offensichtlich nicht von vornherein die gleiche Klarheit“ (Jesuitenpater Hirschmann).

Aber schon ein halbes Jahr später stellte er dem Konzil die Aufgabe, „das Wachstum des katholischen Glaubens und die wahre Erneuerung der Sitten des christlichen Volkes zu fördern, damit die Kirchenordnung besser den Bedürfnissen und Bedingungen unserer Zeit angepasst werde“. Und die Kirche müsse wieder „eine Kirche der Armen“ werden. In seiner Enzyklika „Mater et magistra“ öffnete er erstmals den Blick auf

das Nord-Süd-Gefälle und die besonderen Probleme in den Ländern der „Dritten Welt“

Kurzum: Johannes XXIII. schickte sich an, das 2000 Jahre alte Gebäude zu renovieren, aus dem vor 900 Jahren die Orthodoxen, vor 400 Jahren die Protestanten ausgezogen waren, um das Fürchten zu verlernen.

Unter seinen Vorgängern war die katholische Kirche in die Defensive geraten. Mit zum Teil mittelalterlichen Methoden versuchten die Päpste, ihre Gläubigen vor den „Gefahren“ des 19. und des 20. Jahrhunderts zu schützen. „Schädliche“ Lehren wurden verboten, „irrende“ Gläubige aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgeschlossen, kritische Theologen auf den Index gesetzt, Kontakte mit der nichtkatholischen Umwelt streng reglementiert. Die Angst vor den Anfechtungen der modernen Ideologien - wie Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus - bestimmten das Gesicht der Kirche.

Die Dogmen, Dekrete und Canones sollten die katholische Kirche in ein Getto verwandeln. Aber zwischen Anspruch und Wirklichkeit klaffte ein Abgrund, der sich zusehends vergrößerte. So war auch die Forderung nach Wiedervereinigung mit Orthodoxen und Protestanten zu einer Feiertags-Losung geworden, die für die praktische Kirchenpolitik kaum noch Bedeutung hatte. An eine ernsthafte und furchtlose Auseinandersetzung mit den anderen Konfessionen dachten in der katholischen Kirche nur wenige. In den letzten hundert Jahren wurden die gläubigen Katholiken durch Dogmen über die Mutter und den katholischen Stellvertreter Christi von ihrer Umwelt immer weiter isoliert.

Johannes XXIII. wollte die Kirche der Zeit anpassen: „Aggiornamento“ (Verheutigung) war sein Wort. Angelo Giuseppe Roncalli hatte jahrzehntelang an der Peripherie erlebt, wie sehr sich seine Kirche von der nichtkatholischen Umwelt und sogar von vielen Gläubigen isoliert hatte. Als sich aber andeutete, in welchem Umfange Johannes XXIII. die Kirche erneuern wollte, formierten sich die konservativen Kräfte zum Widerstand. An ihrer Spitze stand Alfredo Ottaviani, der Chef des Heiligen Offiziums, das - oft mit inquisitorischen Methoden - über Glauben und Sitte wacht. Diese Kleriker, die entgegen den Plänen des Papstes die

Getto-Politik der vergangenen Jahrhunderte fortsetzen wollten, gerieten in die Opposition. Drei Jahre lang bereitete Johannes XXIII. das Konzil trotzdem mit einem Optimismus vor, den viel jüngere progressive Kirchenfürsten bewunderten - und mit nicht geringerer Hartnäckigkeit.

Als der Papst die Bischöfe aufforderte, Anregungen für das Konzil zu formulieren, ergoss sich gleich einem geöffneten Stausee eine Flut von 9000 Verbesserungsvorschlägen in die Kanzleien des Vatikans. Und schon in den ersten Sitzungen des Konzils zeigte sich, dass Johannes XXIII. die Situation genau richtig eingeschätzt hatte. Die progressiven Oberhirten bildeten eine kompakte Mehrheit und verhinderten, dass die Entwürfe Ottavianis angenommen wurden.

Der Papst griff ebenso wie zuvor in die Vorbereitungen nun auch in die Beratungen des Konzils kaum ein - und wenn, dann „mit solchem Takt, mit solchem Geschick, mit solch väterlicher Güte, dass alle davon entzückt waren“ (Kardinal Frings, Köln). Der Papst, der seine Kirche aus dem Getto befreien wollte, hatte sich tatsächlich zum Ziel gesetzt, den Gläubigen größere politische Freiheiten zu geben und die Kirche aus den Niederungen der Blockpolitik heraus-zuführen, in die sie vor sieben Jahrzehnten geraten war.

Der von der CDU zur SPD konvertierte Katholik Peter Nellen schickte dem Papst ein Danktelegramm, weil Johannes XXIII. den Sozialismus nicht mehr verdammt habe. Dominikanerpater Eberhard Welty hingegen befand, der katholische Christ dürfe weiterhin weder Sozialist sein noch auch nur die SPD wählen.

Erst in seiner letzten Enzyklika „Pacem in terris“ (April 1963) nahm Johannes XXIII. selber zu dem Problem Stellung, wie die Katholiken künftig ihre Beziehungen zum Sozialismus regeln sollten. Der Papst unterschied im Gegensatz zu seinen Vorgängern zwischen philosophischen Lehrmeinungen einerseits und andererseits „Bewegungen, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen“ befassen und „von solchen Auffassungen her entstanden und geleitet sind und den Menschen helfen wollen“. Solche Bewegungen seien den „Veränderungen der jeweiligen Situation“ unterworfen.

Damit wurden jene kirchentreuen Katholiken aus ihren Gewissenskonflikten befreit, die sich beispielsweise nicht zu einer sozialistischen Ideologie bekennen, aber trotzdem die SPD - eine „Bewegung“ im Sinne der Enzyklika - wählen wollen.

Für sich selbst nahm Johannes XXIII. im März die bis dahin in der katholischen Kirche durchaus nicht selbstverständliche Freiheit in Anspruch, einen prominenten Kommunisten - Adschubej - zu empfangen. Der „Osservatore Romano“ glaubte noch, er müsse den Papst entschuldigen: Der Chruschtschow-Schwiegersohn sei nur empfangen worden, weil „der Papst alle aufnimmt und niemanden zurückweist“. Tatsächlich aber war dieser erste Kontakt mit einem Kreml-Abgesandten Teil einer Politik der Annäherung, die nicht Johannes XXIII., sondern Chruschtschow mit Glückwünschen zum 80. Geburtstag des Papstes begonnen hatte.

Loris F. Capovilla: „Papst Johannes sagte: eine freundliche Geste ist doch besser als eine Ohrfeige. Dann schwieg er und nach einer Weile fuhr er fort: es könnte auch Betrug sein, eine Illusion, der Versuch mich aus-



zunutzen, es könnte aber auch ein Faden sein, den mir die Vorsehung schickt, in diesem Fall habe ich nicht das Recht den Faden zu zerreißen.“ Der Kontakt zum Kreml half mit, durch das Wirken von Johannes XXIII. ganz wesentlich die Kuba-Krise zu lösen.

Später übermittelte der Kreml-Chef dem Papst den Wunsch, auf dem Konzil sollten keine anti-sowjetischen Beschlüsse gefasst werden. Antwort des Vatikans: Diese Bitte könne erfüllt werden.

Die Kontakte zwischen dem roten und dem schwarzen Zentrum führten bereits zu sichtbaren Ergebnissen:

- Der Kreml ließ Beobachter der russisch-orthodoxen-Kirche am Konzil teilnehmen;

- der ukrainische Metropolit Slipyj wurde nach achtzehnjähriger Haft entlassen und durfte in den Vatikan übersiedeln;
- der Vatikan und die ungarische Regierung erklärten sich bereit, das Mindszenty-Problem zu lösen. Der Kardinal darf, wenn er sich einverstanden erklärt, aus der US-Gesandtschaft in Budapest (seinem Asyl) ausziehen und ein Amt in der Kurie übernehmen;
- vatikanische Beamte deuteten an, dass in Ländern des Ostblocks päpstliche Konsulate als Vorstufe für diplomatische Beziehungen eröffnet werden könnten.

Johannes XXIII. versuchte, sich mit den Regierungen des Ostblocks zu arrangieren, um die Gefahr der Isolierung von den Katholiken östlich des Eisernen Vorhangs abzuwenden.

Wenige Wochen vor seinem Tode deutete Johannes XXIII. ein weiteres Ziel seiner Ostpolitik an: Der Vatikan müsse eine „übernationale Neutralität“ erreichen. Damit sollte er den moralischen Kredit gewinnen, als Vermittler zwischen den Großmächten aufzutreten.

Einflussreiche Kirchenfürsten wollten die Fortsetzung dieser Politik verhindern. Kurienkardinal Ottaviani erinnerte noch zu Lebzeiten Roncallis öffentlich daran, dass weiterhin das Dekret des zwölften Pius gelte, demzufolge jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten verboten sei. Und Ottaviani-Anhänger unter den Kurienklerikern fragten spöttisch, ob denn etwa Christus künftig nicht mehr zur Rechten, sondern zur Linken Gottes sitzen werde.

Kurz vor seinem Tode aber bekundete Johannes XXIII. noch einmal den ihm eigenen fröhlichen Glauben, dass seine Kirche sich bei engeren Kontakten zu Sozialismus und Kommunismus als die stärkere geistige Kraft erweisen werde: „Wer Glauben hat, zittert nicht. Er überstürzt nicht die Ereignisse. Er ist nicht pessimistisch, er verliert nicht seine Nerven.“ Der Auftakt zum Konzil verdeckte für einen Augenblick die Spannungen im Vatikan.

Zum 11. Oktober 1962 waren 2500 Konzilsväter aus 133 Nationen zur Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils nach Rom gekommen.

„Nach dreijähriger mühevoller Vorbereitung“, schreibt Johannes in sein Tagebuch, „sind wir am Fuße des Hl. Berges angekommen. Der Herr möge uns beistehen, um alles zu einem guten Ende zu führen.“

Der Höhepunkt seines Pontifikats - und doch wirkt der Papst blass und erschöpft. Nur einige Wenige wissen, was ihm die Ärzte kurz vorher mitgeteilt haben: Er hat unheilbaren Krebs.

Hunderttausende strömten am Abend der Konzilsöffnung mit brennenden Kerzen zum Petersplatz. Lichterketten für den Papst des Volkes. Er liebte die Menschen und die Menschen liebten ihn. Keiner wurde so geliebt, keiner so verehrt wie er. „Die Menschheit braucht weder siegreiche Kriege, noch geschundene Völker, sie braucht einen tiefen, sicheren und ewig währenden Frieden und glückliche Menschen.“ (Johannes XXIII.)

Papa Giovanni - ein Mensch auf dem Thron der Päpste.

Heiteres von Johannes XXIII.

Man kann mit dem Hirtenstab in der Hand heilig werden. Aber ebenso mit einem Besen.

Zu einem Theologieprofessor: „Ich weiß, Sie sind ein berühmter Professor. Wenn Sie nun mit den Menschen sprechen, müssen Sie Ihren Professor vergessen. Sie müssen sich von der Einfachheit unseres Herrn inspirieren lassen. Der war auch kein Professor“.

Frage des französischen Präsidenten: „Glauben Sie eigentlich, Roncalli, dass sich die Menschen mit dem Alter bessern?“ Er darauf: „Es kommt darauf an. Damit geht es wie mit dem Wein. Die Zeit bessert manche“.

Als er neben einer tief dekollierten Dame saß nötigte er diese immerzu, doch zu einem vor ihr stehenden Apfel zu greifen. Als sie nach dem Warum fragte: „Ach, auch Eva aß einen Apfel und erkannte dann erst, dass sie nackt war!“

Die abstrakte Kunst hat zumindest einen Vorteil. Sie gerät weder mit dem Dogma noch mit der Moral in Konflikt.

Wenn einer Verdienste hat, werden sie nicht anerkannt und wenn einer keine hat, werden irgendwelche erfunden und anerkannt.

Es gibt drei Methoden, nach denen man sich zugrunde richten kann – Frauen, Spielen und Landwirtschaft. Mein Vater wählte die langweiligste der drei.

Es sei unmöglich, das Konzil bereits 1963 zu eröffnen, sagten ihm Kardinäle der Kurie. Johannes XXIII: „Gut, dann werden wir es eben 1962 eröffnen! Das Konzil muss trotz der Kurie stattfinden!“

Wissen Sie, Sie haben das gestern wundervoll übersetzt. Erst nachdem ich Ihre Zusammenfassung gelesen habe, wurde mir klar, was ich eigentlich sagen wollte.

Zu mir wurde gesagt, dass ich demütig bin, weil ich die „Sedia gestatoria“ (die päpstliche Sänfte) nicht will, aber ich bin nicht so demütig. Ich bin dick, und ich habe Angst herunterzufallen.

Ich bin hier nur der Papst, keiner sagt mir etwas.

Die beiden großen Enzykliken „Pacem in terris“ und „Mater et magistra“ hat Johannes XXIII. selber wesentlich formuliert. Über seine anderen Lehrschreiben sagte er lapidar: „Ja, ich habe sie auch gelesen!“

Die ersten Biografien, die jetzt über mich erschienen sind, sind allesamt vortrefflich. Ich bedaure allerdings, dass sie so wenig mit mir zu tun haben.

Wenn es mir zu bunt wird, sage ich mir: Ach, Angelo, nimm dich nicht so wichtig.

Zum Gärtner in den Vatikanischen Gärten: „Ach lieber Freund. Sie brauchen doch keine Angst zu haben. Ich bin ein ganz normaler Mensch, das kann ich Ihnen sagen!“

Pius XII. duldet niemanden in den Vatikanischen Gärten, wenn er dort spazierenging. Johannes XXIII.: „Mich kann jeder im Garten sehen und antreffen und ansprechen – ich tue da nichts Böses und nichts, was Anstoß erregen könnte“.

Als Johannes sich selber eine Tasse Kaffee aus der Küche holte erschrak die Küchenschwester: „Ich bin um Eure Heiligkeit besorgt!“ Johannes darauf: „Wie wir uns doch verstehen, ich bin auch um meine Heiligkeit besorgt!“

Die Päpste setzen bei Unterschriften hinter ihrem Namen pp = papa pontifex. Johannes nannte das pp partito popolare = Volkspartei

Mein lieber Sohn, mach dir doch nicht so viele Sorgen. Du kannst versichert sein, dass dich Jesus beim Jüngsten Gericht nicht fragen wird: Und wie bist du mit der Kurie in Rom ausgekommen?

Ich bin ja angezogen wie ein persischer Satrap.

Auf die Frage, wie viele Menschen im Vatikan arbeiten, antwortete Papst Johannes: „Etwa die Hälfte!“

Papst kann jeder werden. Der beste Beweis dafür bin ich selbst.

Heinz-Günther Stobbe

DIE FRIEDENSLEHRE DES VATIKANUM II

Wesentliche Inhalte und Aufgaben

I.1

Fast ein halbes Jahrhundert liegt das Zweite Vatikanische Konzil nun schon zurück, Zeit also, noch einmal einen Blick auf jenen Konzilstext zu werfen, der die kirchliche Friedenslehre in der Folge maßgeblich und nachhaltig geprägt hat. Am 7. Dezember 1965 verabschiedeten die Konzilsväter die Pastoralconstitution über die Kirche in der Welt von heute, die mit den titelgebenden Worten „Gaudium et spes“, „Freude und Hoffnung“, einsetzt. Vielleicht gehört es zu den besten Belegen für die große Wirkung des Dokuments, wenn seine Lektüre kaum noch Aufregung hervorruft. Damals verhielt es sich ganz anders: Die endgültige Fassung des Textes, der die Konzilsväter schließlich mit überwältigender Mehrheit zustimmten, war immerhin schon die achte, was den Kommentar im bekannten Konzilskompendium von K. Rahner und H. Vorgrimler zu dem Urteil veranlasst hat: „Mehr als jedes andere Konzilsdokument hat diese pastorale Konstitution ihren Ursprung im Konzil selbst“. Das mag erklären, weshalb sie keine Parallele und kein Vorbild in der gesamten Konzilsgeschichte kennt. Nie vorher hat sich die höchste Lehrinstanz der römisch-katholischen Kirche in vergleichbarem Umfang und in ähnlich konstruktiver Weise zur „Welt von heute“ geäußert. Nicht zufällig gilt das auch für die dogmatische Konstitution über die Kirche („Lumen gentium“), die den anderen Pol des Spannungsfeldes von Kirche und Gesellschaft thematisiert. Beide Konstitutionen gehören zusammen und müssen eigentlich miteinander gelesen werden. Es macht nicht das geringste Verdienst des bischöflichen Hirtenwortes „Gerechter Friede“ (2000) aus, das ein Stück weit zu leisten.



I.2

Niemand wird von einem lehramtlichen Text radikale Neuerungen erwarten. Das wirklich Aufregende – und zugleich in konservativer Sicht höchst Anstößige – von „Gaudium et spes“ liegt denn auch weniger darin, revolutionäre Einsichten der kirchlichen Friedenslehre zu entwickeln, sondern im methodischen Ansatz. Das Konzil erklärt nämlich, die Kirche könne ihren „Auftrag zum Dienst am Menschen“ nur nachkommen, wenn sie sich der Pflicht stelle, „nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten.“ (Nr. 4) Man kann sich fragen, ob und inwieweit der Text diesen Ansatz tatsächlich konsequent durchgeführt hat, und es lässt sich nicht leugnen, dass eine genauere Erläuterung im Text ohnehin fehlt. Der sicher nicht traditionalistische Kommentar weist in einer erläuternden Anmerkung auf die Gliederung in



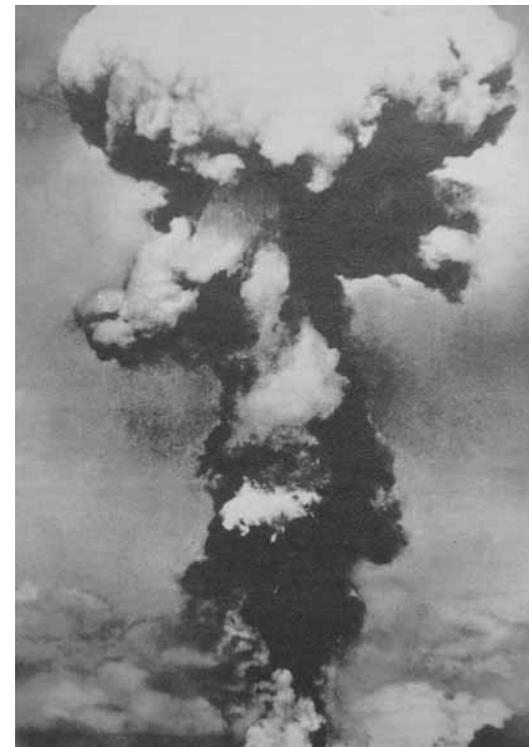
zwei Hauptteile hin, deren erster die kirchliche Lehre darlege, der zweite ausgewählte Probleme der Weltlage, allerdings mit Rücksicht auf „die Prinzipien der Lehre“. Das entspricht im Grunde dem Konzept der über-

kommenen Soziallehre, die stets von überzeitlichen Prinzipien ausgeht und sie auf eine konkrete Situation anzuwenden sucht. Das Konzil selbst strebte, wie es formuliert hat, nach einer „richtigen Synthese“ zwischen den „ewigen Werten“ und „dem Neuen, das aufkommt“. Deckt sich diese Aufgabe mit derjenigen einer Deutung der Zeichen der Zeit im Licht des Evangeliums? Der Kommentar jedenfalls zieht den Schluss, die Konstitution sei *nach den allgemeinen theologischen Interpretationsregeln zu deuten, und zwar, besonders im zweiten Teil, unter Berücksichtigung des Wechsels der Umstände, der mit den Gegenständen dieser Thematik verbunden ist*. Entscheidend und neu ist demnach der Schritt der Lehre über die Darlegung von Prinzipien hinaus in den Bereich der Beschreibung zeitgeschichtlicher Umstände hinein, die natürlich mehr oder weniger zutreffend sein und folglich für sich genommen keine Verbindlichkeit beanspruchen kann.

I.3

Das Friedenthema hat seinen Ort in diesem zweiten Hauptteil des Textes, in dem Prinzipielles und Aktuelles ineinander fließen. Genauer gesagt handelt es sich um das fünfte Kapitel. Der erste Hauptteil beschäftigt sich überwiegend mit dem Wandel der modernen Gesellschaft, seinen Licht- und Schattenseiten, doch mit positivem Grundton und weit entfernt von der ablehnenden Haltung früherer Zeiten. Das gedankliche Gravitationszentrum jedoch bildet die Würde der menschlichen Person und die Bedeutung der menschlichen Gemeinschaft. Aus der Perspektive der Konzilsväter stellt diese Konzentration kein Ergebnis eigener Wahl dar, sie entspricht vielmehr der geistigen Situation, die der gesellschaftliche Wandel selbst hervor bringt. Denn der unbestreitbare Fortschritt, der die moderne Welt kennzeichnet, erledigt mitnichten die Kernfragen menschlicher Existenz, im Gegenteil: *Viele glauben, in einer der vielen Weltdeutungen ihren Frieden zu finden. Andere wieder erwarten vom bloßen menschlichen Bemühen die wahre und volle Befreiung der Menschheit und sind davon überzeugt, daß die künftige Herrschaft des Menschen über die Erde alle Wünsche ihres Herzens erfüllen wird. Andere wieder preisen, am Sinn des Lebens verzweifelnd, den Mut derer, die in der Überzeugung von der absoluten Bedeutungslosigkeit der menschlichen Existenz versuchen, ihr nun die ganze Bedeutung ausschließlich aus*

autonomer Verfügung des Subjekts zu geben. Dennoch wächst angesichts der heutigen Weltentwicklung die Zahl derer, die die Grundfragen stellen oder mit neuer Schärfe spüren: Was ist der Mensch? Was ist der Sinn des Schmerzes, des Bösen, des Todes – alles Dinge, die trotz solchen Fortschritts noch immer weiter bestehen? Wozu diese Siege, wenn sie so teuer erkaufte werden mußten? (Nr. 10) Die moderne Gesellschaft weist also insgesamt eine Tendenz auf, die seitens der Kirche begrüßt und unterstützt wird, aber doch zugleich eine tiefe Zwiespältigkeit, die den Menschen auf sich selbst zurück wirft: *Unter diesen Umständen zeigt sich die moderne Welt zugleich stark und schwach, in der Lage, das Beste*



oder das Schlimmste zu tun; für sie ist der Weg offen zu Freiheit und Knechtschaft, Fortschritt und Rückschritt, Brüderlichkeit oder Haß. Zudem wird nun der Mensch sich dessen bewußt, daß es seine Aufgabe ist, jene Kräfte, die er selbst geweckt hat und die ihn zermalmen oder ihm dienen können, richtig zu lenken. Wonach er fragt, ist darum er selbst. (Nr. 9)

II.1

Die Ambivalenz der gesellschaftlichen Entwicklung im Bereich der Friedenspolitik findet ihren Ausdruck in der Gleichzeitigkeit widersprüchlicher Bewusstseinslagen: Auf der einen Seite wächst das Empfinden für die elementare und fundamentale Zusammengehörigkeit des

Menschengeschlechts, auf der anderen Seite dessen innere Zerrissenheit. Dieser Spannungszustand lässt sich nur überwinden, wenn alle sich in einer inneren Erneuerung dem wahren Frieden zuwenden. (Nr. 77) Das Konzil versteht das als Anstoß dafür, den wahren und hohen Begriff des



Friedens klar zu legen (ebda.). Wiederum bewegt sich dabei die Lehre des Vatikanum II zunächst auf der vorgezeichneten Bahn kirchlicher Tradition, erläutert sie aber im aktuellen Kontext: *Der Friede besteht nicht darin, daß kein Krieg ist; er läßt sich auch nicht bloß durch das Gleichgewicht entgegengesetzter Kräfte sichern; er entspringt ferner nicht dem Recht und eigentlich ein „Werk der Gerechtigkeit“ (Is 32, 17). Er ist die Frucht der Ordnung, die ihr göttlicher Gründer selbst in die menschliche Gesellschaft eingestiftet hat und die von den Menschen durch stetes Streben nach immer vollkommenerer Gerechtigkeit verwirklicht werden muß.* (Nr. 78) Konsequenter dem konziliaren Ansatz folgend, verpflichten die Konzilsväter alle Friedensarbeit auf den Respekt vor der

Menschenwürde: *Dieser Friede kann auf Erden nicht erreicht werden ohne Sicherheit für das Wohl der Person und ohne daß die Menschen frei und vertrauensvoll die Reichtümer ihres Geistes und Herzens untereinander teilen. Der feste Wille, andere Menschen und Völker und ihre Würde zu achten, gepaart mit einsatzbereiter und tätiger Brüderlichkeit – das sind unersetzliche Voraussetzungen für den Aufbau des Friedens.* (ebda.)

II.2

Das Konzil vertritt keinen naiven friedenspolitischen Optimismus. Dem steht die christliche Einsicht in die bleibende Sündhaftigkeit des Menschen entgegen; *Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges, und sie wird ihnen drohen bis zur Ankunft Christi.* (ebda.) Wenn die Kriegsgefahr als unaufhebbares Merkmal menschlicher Existenz sich in der Gegenwart unerhört zuspitzt, dann nicht, weil die Menschen schlechter wären als früher, sondern auf Grund des Standes der Kriegstechnologie: *Es droht sogar beim Gebrauch wissenschaftlicher Waffen, gleich welcher Art, eine Barbarei der Kriegführung, die die Kämpfenden zu Grausamkeiten verleitet, die die vergangener Zeiten weit übersteigt. Die Kompliziertheit der heutigen Lage und die Verflochtenheit der internationalen Beziehungen ermöglichen zudem neue hinterhältige und umstürzlerische Methoden, Kriege zu tarnen und in die Länge zu ziehen. In vielen Fällen gibt der Einsatz terroristischer Praktiken der Kriegführung eine neue Gestalt.* (Nr. 79) Ihren Höhepunkt erreicht die Verwissenschaftlichung des Krieges in der Möglichkeit der nahezu vollständigen Selbstvernichtung der Menschheit, die zum Nach- und Umdenken zwingt: *Mit der Fortentwicklung wissenschaftlicher Waffen wachsen der Schrecken und die Verwerflichkeit des Krieges ins Unermeßliche. Die Anwendung solcher Waffen im Krieg vermag ungeheuere und unkontrollierbare Zerstörungen auszulösen, die die Grenzen einer legitimen Verteidigung weit überschreiten. Ja wenn man alle Mittel, die sich schon in den Waffenlagern der Großmächte befinden, voll einsetzen würde, würde sich daraus eine fast totale und gegenseitige Vernichtung des einen Gegners durch den anderen ergeben, abgesehen von den zahllosen Verwüstungen in der Welt, die dem Gebrauch solcher Waffen als verhängnisvolle Nachwirkungen folgen.*

All dies zwingt uns, die Frage des Krieges mit einer ganz neuen inneren Einstellung zu prüfen. (Nr. 80) Die Schlussfolgerung aus der Allgegenwart der Kriegsgefahr kann und darf also auf keinen Fall heißen, sich mit ihr einfach abzufinden. Der totale Krieg, der unvermeidbar in der Logik



der Massenvernichtungswaffen liegt, lässt sich unter keinen Umständen rechtfertigen und muss radikal geächtet werden. An dieser Stelle beruft sich das Konzil auf vorhergehende päpstliche Lehräußerungen und erklärt: *Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und die Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist. (Nr.*

80) Daraus ergibt sich für das Konzil: Zwar kann ein Verteidigungskrieg immer noch legitim sein, aber auch dabei sind ethische Grenzen gesetzt, die nicht zuletzt für die Soldaten bedeutsam sind und in der Sicht des Konzils in der Geltung des natürlichen Völkerrechts und seiner Prinzipien gründen. Das Gewissen der gesamten Menschheit bekennt sich zu diesen Prinzipien mit wachsendem Nachdruck. Handlungen, die in bewußtem Widerspruch zu ihnen stehen, sind Verbrechen; ebenso Befehle, die solche Handlungen anordnen; auch die Berufung auf blinden Gehorsam kann

den nicht entschuldigen, der sie ausführt. Zu diesen Handlungen muß man an erster Stelle rechnen: ein ganzes Volk, eine Nation oder eine völkische Minderheit aus welchem Grunde und welchen Mitteln auch immer auszurotten. Das sind furchtbare Verbrechen, die aufs schärfste zu verurteilen sind. Höchste Anerkennung verdient dagegen die Haltung derer, die sich solchen Befehlen furchtlos und offen widersetzen. (Nr. 79) Wenige Stellen im 5. Kapitel von „Gaudium et spes“ illustrieren besser, wie das Konzil prägende Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in die offizielle Lehre hinein zu holen sucht und diese verändert. Und man ahnt ein wenig die Einsamkeit jener Handvoll katholischer Kriegsdienstverweigerer im Dritten Reich, die ihre Entscheidung ohne solchen Rückhalt in der Kirche durchstehen und mit ihrem Leben bezahlen mussten.

II.3

Die Nüchternheit des christlichen Blicks auf den Menschen führt keineswegs zur Resignation. Das Konzil nimmt einen Standpunkt jenseits von Fatalismus und Pazifismus ein. Es plädiert für das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung, aber nur bedingt und befristet. Die Frist, die der Menschheit im Angesicht der Gefahr des totalen Krieges noch gewährt ist, muss entschlossen genutzt werden, um Alternativen zum Krieg als Mittel der Konfliktlösung auf- und auszubauen. Den Krieg als Institution zu überwinden, ist möglich und kann gelingen, wenn der Weg weiter beschritten wird, der mit der Gründung der Vereinten Nationen und vergleichbarer Institutionen begonnen wurde: *Die bereits bestehenden internationalen Institutionen, sowohl auf weltweiter wie auf regionaler Ebene, machen sich ohne Zweifel um die Menschheit hoch verdient. Sie erscheinen als erste Versuche, eine internationale Grundlage für die Gemeinschaft der ganzen Menschheit zu schaffen, damit so die schweren Fragen unserer Zeit gelöst werden können: den Fortschritt überall zu fördern und Kriege in jeder Form zu verhindern. (Nr. 84) Von diesem Ziel her betrachtet, fällt auch neues Licht auf die Entscheidung, den Kriegsdienst zu verweigern und aktiven Gewaltverzicht zu üben. Nach einer langen Tradition des Beschweigens, der Verurteilung oder gar Verfolgung formuliert – bekanntlich beeinflusst durch die katholischen Pazifisten Hildgeard Goss-Mayr und Jean Goss - das Konzil: Vom*

gleichen Geist bewegt, können wir denen unsere Anerkennung nicht versagen, die bei der Wahrung ihrer Rechte darauf verzichten, Gewalt anzuwenden, sich vielmehr auf Verteidigungsmittel beschränken, so wie sie auch den Schwächeren zur Verfügung stehen, vorausgesetzt, daß dies ohne Verletzung der Rechte und Pflichten anderer oder der Gemeinschaft möglich ist. (Nr. 78) Das war gewiss kein enthusiastisches Bekenntnis zur Gewaltfreiheit, immerhin jedoch revidiert das Konzil das noch von Pius XII. eingeschärfte Verbot der Kriegsdienstverweigerung. Mehr noch: Die Kirchenversammlung hält es für angebracht, daß Gesetze für die in humaner Weise Vorsorge treffen, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, vorausgesetzt, daß sie zu einer anderen Form des Dienstes an der Gemeinschaft bereit sind. (Nr. 79).



III.1

Die Methode des Konzils, die Verkündigung des Evangeliums mit einer Art Zeitdiagnose zu verknüpfen, setzt den Text von „Gaudium et spes“ dem Risiko des Irrtums und des Veraltens aus. Positiv ausgedrückt: Die Konstitution enthält gleichsam zwischen den Zeilen die Aufforderung,

sie aktualisierend fortzuschreiben und gegebenenfalls zu korrigieren. Es ist darum nicht nur erlaubt, sondern geradezu geboten, danach zu fragen, was sie nach einem halben Jahrhundert noch zu sagen hat, ob und inwiefern sie der Revision oder der Ergänzung bedarf. Eine Gesamtbilanz müsste natürlich nachzeichnen, wie stark sie die katholische Weltsicht beeinflusst und verändert hat. Man erinnere sich nur an ihre enorme Wirkungsgeschichte in Lateinamerika, die sich keineswegs nur auf die Befreiungstheologie beschränkt. Für eine Neubesinnung in der Gegenwart allerdings noch wichtiger dürfte eine bewusste Historisierung der Pastoralkonstitution sein. Dabei fällt den zeitgenössischen Leserinnen und Lesern vermutlich wenig Falsches oder Überholtes auf, und manches wirkt erstaunlich unverbraucht. Die Bedeutung der Menschenrechte und der Idee der Freiheit hat sich seit 1889 bestätigt und noch verstärkt, und ein Satz wie dieser: *Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen* (Nr. 81), wirkt - in Anbetracht von wenigstens 500 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben im Jahr 2009 - geradezu klassisch. Ganz zu schweigen von der fundamentalen Rolle der Gerechtigkeit in einer Zeit, in der sich die Kluft zwischen Arm und Reich ständig verbreitert und vertieft, und der Reichtum der Superreichen jedes Vorstellungsvermögen übersteigt. Die internationale Finanzkrise hat rückwirkend den Worten der Konzilsväter fast prophetische Qualität verliehen: *Um zu einer echten weltumfassenden Wirtschaftsordnung zu kommen, muß auf übertriebenes Gewinnstreben, nationales Prestige, politische Herrschsucht, militaristische Überlegungen und Machenschaften zur zwangsweisen Verbreitung von Ideologien verzichtet werden.* (Nr. 85)

III.2

Die vielleicht auffälligste Lücke der konziliaren Friedenslehre bezieht sich auf die ökologische Dimension des Friedens. Damit stand das Konzil seinerzeit beileibe nicht allein. Trotzdem wundert es, wie lange es dauerte, bis dieser Aspekt – erst in der letzten Enzyklika Benedikt XVI. - lehramtlich wahrgenommen wurde. Desgleichen kaum zur Kenntnis genommen wurde durch das Lehramt bislang die Debatte über sogenannte humanitäre Interventionen, die sich inzwischen – auf Anregung

von Kofi Annan - schon auf das Problem der „Responsability to protect“ verlagert hat. Im Kern dreht es sich dabei um das Verhältnis von Frieden und Gerechtigkeit, das seit alters im Mittelpunkt des kirchlichen Friedensdenkens stand. Die Fragestellung selbst hat sich durch historische Erfahrungen aufgedrängt und bedarf dringend einer Klärung. Wenn eine solche Verantwortung bejaht wird, muss allerdings einem Rückfall in eine nationale Selbstermächtigungstheorie gewehrt werden, und das geschieht seitens der Kirche am besten, indem an der Linie des Konzils festgehalten wird, sie strikt an internationale Institutionen zu binden. Natürlich befürchten strenge Pazifisten, die Pflicht, Völkermord zu verhindern, werde nur zu leicht als Einfalltor für machtpolitisch motivierte interventionistische Interessen missbraucht werden.

Indes legen die Fälle von Ruanda und Dafur eher einen anderen Verdacht nahe: Die Staatengemeinschaft erweist sich als unfähig, sich gegen Staaten durchzusetzen, deren Interessen ihrer Schutzpflicht entgegen stehen. Das wiederum bekräftigt die Bedenken jener, die das Vertrauen des Konzils in internationale Institutionen nur eingeschränkt teilen und argumentieren, sie könnten immer nur innerhalb des Spielraums handeln, den ihnen die Mitgliedsstaaten lassen. Eine Weltautorität mit echter Entscheidungs- und Handlungskompetenz sei weder realistisch noch wünschenswert. Auf der anderen Seite sieht sich die Staatengemeinschaft gleichzeitig zunehmend mit der Aufgabe konfrontiert, auf Situationen zu reagieren, in denen Staaten zusammenbrechen oder noch gar nicht existieren, in denen sich in Folge dessen die Notwendigkeit ergibt, staatliche Funktionen auf dem Wege protektoratsähnlicher Machtübernahme zu gewährleisten, insbesondere



im Sicherheitsbereich. Die kirchliche Friedenslehre wird sich eingehend mit solchen komplexen Problemlagen befassen müssen, vordringlich jedoch mit der Frage, was dabei die ureigenste Rolle der Kirche sein kann und muss.

III.3

Die Öffnung der Kirche auf die moderne Gesellschaft hin hat es unumgänglich gemacht, sich nicht nur mit dieser zu befassen, sondern auch mit der Kirche selbst. Es war darum alles andere als zufällig, dass „Gaudium et spes“ die Rolle der Laien aufgewertet und vor allem sie ermutigt hat, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Dabei hat das Konzil offenkundig in erster Linie die Mitwirkung von Laien in politischen Parteien im Blick. Die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, die erst später in Erscheinung traten, konnten naturgemäß nicht thematisiert werden. Mittlerweile zählt die Zivilgesellschaft zu den bedeutendsten Themen der politischen Wissenschaft und den stärksten Kräften politischer Veränderungen in der Weltgesellschaft. Die Ereignisse in der arabischen Welt legen davon beredtes Zeugnis ab. Die Kirche hat diese Entwicklung keineswegs ignoriert, zumal sie in der Kirche selbst ihren Niederschlag gefunden hat. Kirchlich registriert und reflektiert wurden jedoch in erster Linie Initiativen und Bewegungen, die auf die geistliche Erneuerung der Kirche selbst ausgerichtet sind, weniger solche, denen der Weltauftrag der Kirche am Herzen liegt. Das betrifft zum Beispiel den Bereich politischer Vermittlungs- und gesellschaftlicher Versöhnungstätigkeit oder, noch allgemeiner gesagt, der Konfliktvorsorge und Konfliktnachsorge. Hier leisten einzelne Personen, nicht selten Geistliche, und Gruppen wie St. Egidio oder Organisationen wie PAX CHRISTI hervorragende Dienste, ohne bisher eine ausdrückliche und ausführliche Würdigung durch das Lehramt zu erfahren. Manche mögen das für überfällig, andere für überflüssig halten. Entscheidend ist jedenfalls, dass die Kirche nur glaubwürdig für den Frieden in der Welt eintreten kann, wenn sie selbst den Frieden verkörpert, den sie verkündet. Deswegen hat die Ökumenische Versammlung in der DDR mit Recht gesagt, die Kirche müsse „Kirche des Friedens“ werden, nicht durch einen einmaligen Kraftakt, sondern als fortdauernde Aufgabe. Mit „Gaudium et spes“ begann sich

die Erkenntnis Bahn zu brechen, dass die Kirche nicht wahrhaft Kirche sein kann, ohne sich ihr zu stellen. Wirklich ausgeschöpft ist diese Einsicht noch lange nicht.

Heinz-Günther Stobbe ist Professor für Systematische Theologie und Theologische Friedensforschung an der Universität Siegen und PAX CHRISTI-Mitglied

Gunhild Ockel

„Nostra Aetate“ – ein provokativer Konzilstext



Entstehung

Die katholische Kirche hat im Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) beim Thema Religionen eine vollkommen neue Sichtweise eingenommen. Sie begründet diesen neuen Blick auf die anderen Religionen damit, dass in „unserer Zeit“ das Menschengeschlecht „sich enger zusammenschließt und die Beziehungen unter den verschiedenen Völkern sich mehren“. Diese Feststellung gilt für unsere Zeit – fast fünfzig Jahre nach dem Konzil – in noch viel größerem Maße. Die immer engeren wirtschaftlichen und politischen

Verflechtungen einschließlich der damit zusammenhängenden Migrationsbewegungen haben zur Folge, dass immer mehr Menschen mit Andersgläubigen in Kontakt kommen. Dies hat auch Auswirkungen auf die jeweiligen Religionen. Einerseits zwingt diese Situation zum Dialog, andererseits werden sie für die Durchsetzung verschiedenster Interessen benutzt, manchmal auch missbraucht. Die Religionen selbst müssen aber auch versuchen, ihr je eigenes Selbstverständnis, ihren eigenen Wahrheitsanspruch in unsere globalisierte Welt einzubringen. Dabei können sie sich gegenseitig befehden oder aber in einem geschwisterlichen interreligiösen Dialog versuchen, gemeinsam die Frage nach Gott für diese Welt offen zu halten und gemeinsam einen Weg zum Frieden suchen. Das ist zwar schwierig, wäre aber ganz im Sinne der Konzilerklärung „Nostra Aetate“ („in unserer Zeit“).

Diese Erklärung über „das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ wurde am 28. Oktober 1965 vom Konzil mit überwältigender Mehrheit (2221 Ja-, 88 Nein- Stimmen) verabschiedet. Obwohl es das

kürzeste Dokument des Konzils ist, gehört es wirkungsgeschichtlich zu den bedeutendsten Dokumenten der katholischen Kirche im 20. Jahrhundert.



Während andere Texte des Konzils traditionelle Fragestellungen klären und viele Problemstellungen auch abschließen konnten, eröffnet diese kleine Schrift neue Perspektiven, Fragen und Herausforderungen, die die Kirche auf die offene See eines Dialogs geschickt hat und immer noch schickt.

Kurienkardinal Bea, der Leiter des 1960 gegründeten „Sekretariates zur Förderung der Einheit der Christen“, schreibt rückblickend: „Hätte ich sämtliche Schwierigkeiten, auf die wir stoßen würden, voraussehen können, so weiß ich nicht, ob ich den Mut gehabt hätte, den Weg einzuschlagen.“ Und Kardinal Karl Lehmann sagt 2005 – vierzig Jahre nach der Verabschiedung der Erklärung – in einem Vortrag: „Es gibt kein anderes Beispiel für einen Konzilstext des Zweiten Vatikanums, der in einem so hohen Maß von politischen Kräften umstellt wurde, so viel Hintergrundkämpfe auch in der Kirche und in der Kurie auslöste und unter Konzilsvätern selbst außerordentliche Spannungen erzeugte. Dies macht die Geschichte dieser `Erklärung` in besonderer Weise spannend, manchmal geradezu wie ein Kriminalroman.“

Nostra Aetate geht auf den ausdrücklichen Wunsch von Papst Johannes XXIII. (1958 – 1963) zurück. Er ist der geistige Vater und plante ursprünglich eine Erklärung allein zum Judentum. Die besondere Verbundenheit zwischen Juden und Christen hatte eine Unheilsgeschichte zur Folge, gekennzeichnet durch einseitige Beschuldigungen durch die Christen, Hass und Diffamierungen auf allen Ebenen, theologischen, gesellschaftlichen und politischen. Die Bezeichnung der Juden als „Gottesmörder“, ihre Zerstreuung in alle Welt als Strafe Gottes, der Er-

satz des Alten Bundes durch den Neuen Bund, die Vorstellung von der Übertragung der Auserwählung auf die Kirche, ein verbreiteter – auch biblisch begründeter – christlicher Antisemitismus sind nur ein Teil der Diskriminierung der Juden, die zu grundsätzlichen Verdächtigungen und Verleumdungen führten. Die Erfahrungen der Schoa machten zusätzlich eine gründliche Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung auf dem Hintergrund dieses traditionellen christlichen Antisemitismus notwendig.



Im Juli 1960 übergab der französische Historiker Jules Isaac, Mitbegründer der französischen christlich-jüdischen Dialoggruppe und einer der wichtigsten jüdischen Dialogpartner, dem Papst ein Dossier, in dem u.a. eine Richtigstellung falscher und ungerechter Aussagen über das Judentum in der christlichen Lehre enthalten war.

Johannes XXIII. beauftragte Augustin Kardinal Bea, die Klärung der anstehenden Fragen in den katholisch-jüdischen Beziehungen zu be-

arbeiten. Die Theologen waren auf diesen Wunsch des Papstes kaum vorbereitet, da eine fundierte theologische Auseinandersetzung mit dem Judentum praktisch bisher nicht stattgefunden hatte. Kardinal Bea wollte von Anfang an auch die Juden in den Dialog miteinbeziehen. So kam es zur ersten offiziellen Kontaktaufnahme des Vatikans mit dem Präsidenten des jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann. Dieser erklärte sich bereit, von jüdischer Seite dem Vatikan eine Stellungnahme zu den Problemen in den christlich-jüdischen Beziehungen zu übergeben. Das erstellte Memorandum wurde von Kardinal Bea in die Beratungen seiner Kommission eingebracht, die eine sehr schwierige Aufgabe zu bewältigen hatte.

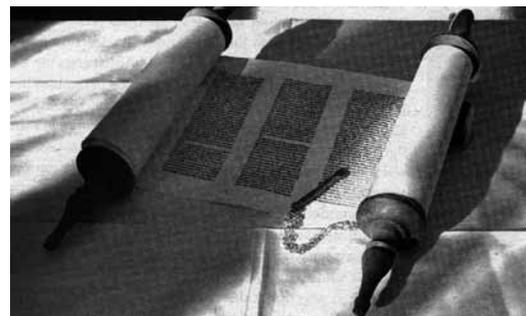
Es ist nicht verwunderlich, dass schon die Erarbeitung eines ersten Entwurfs, der den Konzilsvätern zur Diskussion vorgelegt werden konnte, viel Gegenwind erzeugte. Von Anfang an gab es viel – auch grundsätzlichen – Widerstand gegen die Erstellung einer Erklärung zum Judentum. Heftige Proteste und Einwände, die manchmal an Intrigen grenzten, kamen von verschiedenen Seiten – auch innerhalb der Kirche. Aufgrund des Nahostkonfliktes witterten arabische Delegierte eine „zionistische Verschwörung“ und verlangten die Einbeziehung des Verhältnisses zum Islam. Auch orientalisch-patriarchale Patriarchen verlangten eine Erweiterung der Konzilserklärung auf die Muslime hin, weil sie mit diesen eng zusammenlebten. Bischöfe aus Asien forderten eine Klärung der Beziehungen zu den asiatischen Religionen. Immer wieder kam es zu teils sehr heftigen Konflikten und Krisen, die nicht nur zu theologischen, sondern auch politischen Auseinandersetzungen führten. Als z.B. der jüdische Weltkongress ohne Absprache einen israelischen Regierungsbeamten zum inoffiziellen Beobachter beim Konzil und Vertreter ernannte, werteten arabische Gegner einer Annäherung zwischen Judentum und Kirche diesen Vorgang als Indiz für ein Komplott.

Die Pilgerreise Pauls VI. (1963 – 1978) ins Heilige Land im Januar 1964, seine Bemühungen um Klarheit und Ausgleich zwischen der arabischen und jüdischen Seite, ohne sich von einer Seite politisch vereinnahmen zu lassen, weisen auf die insgesamt brisante Situation hin. Seine Antrittsenzyklika vom August 1964, die allen Religionen eine Suche nach

Gott zubilligte, und die Einrichtung des „Sekretariates für die nichtchristlichen Religionen“ bestätigten und ermutigten die Weiterarbeit an den verschiedenen Textfassungen.

Es ist sicherlich dem großen Einsatz verschiedener Persönlichkeiten – ich nenne nur die Päpste Johannes XXIII. und Paul VI., Kardinal Bea und Kardinal König – zu verdanken, dass am Ende all des Streits der Text

Nostra Aetate stand und im Oktober 1965 endgültig mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde.



Aufgrund des schwierigen Entstehungsprozesses ist es nicht verwunderlich, dass *Nostra Aetate* als ur-

sprünglich nicht geplantes Dokument ein klassisches Kompromisspapier ist. Es lässt sich auch positiv ausdrücken: es ist wirklich ein Text des Konzils, der bei allen möglichen Schwächen „das am meisten vorwärtsweisende Dokument in das 21. Jahrhundert hinein“ ist (Kardinal Lehmann 2005). Man merkt ihm den Entwicklungsprozess an, dessen ursprüngliche Absicht noch erkennbar ist: das Verhältnis zum Judentum auf eine neue Grundlage zu stellen. Hier liegt der Schwerpunkt der Ausführungen. Die Entwicklung während des Konzils führte dann dazu, den Blick zu erweitern, die Judenerklärung einzubetten in eine Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu allen nicht-christlichen Religionen.

Der Text

Artikel 1 Einführung

Schon in der Einführung wird ein wesentlicher Perspektivwechsel der Kirche deutlich: während sie sich früher den je einzelnen Angehörigen der Religionen zugewendet hat, als Adressaten der Mission, wird jetzt eine ganz andere Wahrnehmung, eine andere Aufgabe aktenkundig.

Nostra Aetate spricht zunächst den Charakter der kirchlichen Sendung in der Gegenwart an, die durch ein immer engeres Zusammenschließen der Menschen gekennzeichnet ist. Deswegen will die Kirche ihr Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen klären, gemäß ihrer Aufgabe, die „Einheit und Liebe unter den Menschen und damit auch unter den Völkern zu fördern.“ Das allen Menschen Gemeinsame wird ins Auge gefasst; die verschiedenen Völker sind deshalb eine einzige Gemeinschaft, weil sie ihren Ursprung und ihr Ziel in Gott haben. Dieses Ziel wird mit dem eschatologischen Bild der Heiligen Stadt illustriert.

Der Begriff Religion wird nicht bestimmt, stattdessen wird Religion anthropologisch als mögliche Antwort auf die grundlegenden Fragen der Menschen beschrieben. Diese erwarten von den verschiedenen Religionen Antworten auf die ungelösten Rätsel des menschlichen Daseins, auf das, was sie am tiefsten bewegt.



Artikel 2 Die verschiedenen Religionen

Eine erste Aussage weist darauf hin, dass sich bei den verschiedenen Völkern von Anfang bis heute eine Wahrnehmung und Anerkennung auf ein letztes Ziel hin findet, das „ihr Leben mit einem tiefen religiösen Sinn durchtränkt.“ Mit Blick auf Asien werden charakteristische Merkmale des Hinduismus (unerschöpflicher Reichtum von Mythen, tiefdringende philosophische Versuche, asketische Lebensformen, tiefe Meditation) und des

Buddhismus (Ungenügen an der veränderlichen Welt, Lehre eines Weges mit dem Ziel einer vollkommenen Befreiung und /oder höchsten Erleuchtung) angeführt.

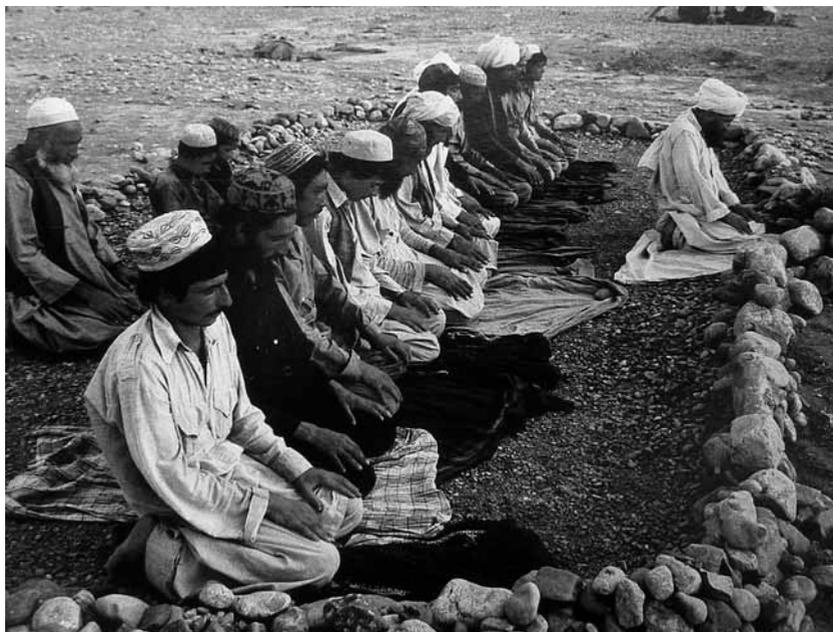
Dass der Text sich mit diesen etwas blassen Aussagen begnügt, ist der Tatsache zuzuschreiben, dass es zur Zeit des Konzils fast keine Fachleute für einen interreligiösen Dialog gab. Dieser wurde durch das Konzil erst angestoßen, so dass die Situation heute ganz anders ist. Man weiß klarer um die großen Schwierigkeiten eines solchen Dialogs: Man denke z.B. nur an das heftige und kontroverse Echo aus der ganzen Welt auf das „Friedensgebet“ von Papst Johannes Paul II. in Assisi im Oktober 1986.

Von den „übrigen in der ganzen Welt verbreiteten Religionen“ heißt es nur pauschal, dass sie dem unruhigen Herzen des Menschen durch Lehren, Lebensregeln und heilige Riten einen Weg weisen.

Es folgt eine Definition der Haltung der Kirche zu diesen Religionen, die da lautet: „Die katholische Kirche verwirft nichts von dem, was in diesen Religionen wahr und heilig ist.“ Sie wird auf ihre wesentliche Aufgabe verwiesen mit den Worten: Unablässig „muss sie verkündigen Christus, der ist „der Weg, die Wahrheit und das Leben“ (Joh 14,6). Das bedeutet, dass Christen als Christen „durch ihr Zeugnis des christlichen Glaubens und Lebens“ und mit „Klugheit und Liebe“ in den Dialog mit den anderen Religionen eintreten. Dadurch können sie die „geistlichen und sittlichen Güter und auch soziokulturellen Werte, die sie bei ihnen finden, anerkennen, wahren und fördern.“ Damit ist der Dialog keine Selbstbestätigung, sondern Förderung der Werte der anderen, aber gerade „in diesem selbstlosen Dienst kommen die Fülle Christi und seine Wahrheit zum Tragen.“ (Siebenrock)

Artikel 3 Die muslimische Religion

Der 3. Artikel wendet sich dem Islam zu und nennt zunächst wichtige Merkmale wie seinen Glauben an den alleinigen, barmherzigen und allmächtigen Gott, den Schöpfer des Himmels und der Erde, der sich den Menschen offenbart hat. Es werden aber weder der Koran noch der Prophet Mohammed erwähnt. Hervorgehoben werden die Hingabe an



den Willen Gottes und zwei Aspekte, die in Beziehung zum Christentum stehen: die Hochschätzung von Jesus und Maria bei gleichzeitiger Betonung der Differenzen. Als weitere Gemeinsamkeiten werden der Tag des Gerichtes und die Auferstehung genannt. Aus diesem Glauben ergibt sich für die Muslime die Betonung einer sittlichen Lebenshaltung, geprägt durch Gebet, Almosen und Fasten.

Die lange gemeinsame Unheilsgeschichte, die nicht näher erläutert wird, soll durch aufrichtiges Bemühen um gegenseitiges Verstehen und gemeinsames Eintreten für sittliche Werte, soziale Gerechtigkeit und Frieden und Freiheit für alle Menschen überwunden werden. Der Blick des Textes geht klar in die Zukunft.

Artikel 4 Die jüdische Religion

In diesem Artikel, dem Ursprung und Herzstück der Erklärung, geht es nicht mehr um die Beschreibung wesentlicher Merkmale des jüdischen Glaubens, sondern um die Kirche selbst und ihre im Judentum wurzelnde

Identität. Im Nachdenken über ihr Geheimnis bedenkt die Kirche ihre geistliche Verbindung zum „Stamme Abrahams“ und findet die „Anfänge ihres Glaubens“ bei den „Patriarchen, bei Moses und den Propheten“. Sie hat ihre Wurzeln also nicht in sich selbst. Alle Christen sind „Söhne Abrahams dem Glauben nach“ und im „Auszug des erwählten Volkes aus dem Lande der Knechtschaft“ ist „das Heil der Kirche geheimnisvoll vorgebildet“. Der Text weist auf Aussagen des Apostels Paulus hin (Röm 9 – 11): Israel ist der „gute Ölbaum“, in den „die Heiden als wilde Schösslinge eingepfropft sind.“ Das heißt: die Kirche verdankt nicht nur ihre Existenz dem Judentum, sie wird auch immer noch von dieser Wurzel „genährt“. Von diesem Volk, mit dem Gott den Alten Bund geschlossen hat, empfing die Kirche die Offenbarung des Alten Testaments. Christus hat „Juden und Heiden durch das Kreuz versöhnt“ (Eph 2,14 - 16).

Dabei habe Israel seine Privilegien behalten: Es ist nach wie vor von Gott erwählt („Annahme an Sohnes Statt“). Bund und Gesetz behalten ihre Gültigkeit, genauso die Verheißungen. Die Kirche verdankt Israel „Christus dem Fleische nach“; ebenso wie die „Apostel“ sind auch „die meisten jener ersten Jünger, die das Evangelium Christi der Welt verkündet haben“, Juden.

Nach dieser Würdigung wird der damalige Widerstand der meisten Juden gegen das Evangelium genannt. Dennoch sind sie „nach dem Zeugnis der Apostel immer noch von Gott geliebt um der Väter willen; sind doch seine Gnadengaben und seine Berufung unwiderruflich“. Auch verbindet Juden und Christen die Zukunftserwartung eines Tages, „an dem alle Völker mit einer Stimme den Herrn anrufen und ihm Schulter



an Schulter dienen“. Auf Grund dieses gemeinsamen geistlichen Erbes will die Kirche die „gegenseitige Kenntnis und Achtung“ durch Studien und solidarischen Dialog fördern.

Von der Verantwortung für den Tod Jesu werden die „jüdischen Obrigkeiten mit ihren Anhängern“ nicht entlastet, aber die Vorstellung einer jüdischen Kollektivschuld (damals und noch heute) wird klar zurückgewiesen, ebenso wie die Kennzeichnung der Juden als „von Gott verworfen oder verflucht“.

Eine deutliche Ablehnung erfahren grundsätzlich alle antijüdischen Aussagen. Künftig müssen Katechese und Predigt sich an die „evangelische Wahrheit“ halten und mit dem Geist Christi übereinstimmen. Angesichts all dessen, was die Kirche „mit den Juden gemeinsam hat, beklagt die Kirche alle „Hassausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus“. Die religiöse Liebe des Evangeliums verbiete dies. Christus habe freiwillig die Sünden aller Menschen getragen, „damit alle das Heil erlangen“. Aufgabe der Predigt sei deshalb die Verkündigung der „universalen Liebe Gottes“.

Artikel 5 Universale Brüderlichkeit

Dieser abschließende Teil verknüpft das Anrufen Gottes mit der „brüderlichen Haltung“ allen Menschen gegenüber und begründet dies biblisch mit 1 Joh 4,8: „Wer nicht liebt, kennt Gott nicht.“ Der christliche Glaube an Gott lässt es nicht zu, irgendeinem Menschen die geschwisterliche Haltung zu verweigern. Damit wird jeder Theorie oder Praxis das Fundament entzogen, die zwischen Menschen und/oder Völkern bezüglich der Menschenwürde einen Unterschied macht. Die Kirche verwirft alle Arten von Diskriminierung und Rassismus, weil dies dem „Geist Christi“ widerspricht. Der abschließende Appell fordert die Gläubigen auf, „einen guten Wandel unter den Völkern zu führen“. Ihre Gotteskindschaft („Söhne des Vaters, der im Himmel ist“) erweist sich dadurch, dass sie Frieden halten und Frieden ermöglichen.

Würdigung der Wirkungsgeschichte

Das grundsätzlich Neue der Erklärung

Die Erklärung *Nostra Aetate* ist das erste kirchliche Dokument, das grundsätzlich positiv von den anderen Religionen spricht. Sie vollzieht eine radikale Wende in der Einstellung zum Judentum und stellt das Verhältnis der Kirche zu den anderen Religionen, besonders zum Islam, auf eine ganz neue Grundlage. Jetzt liegt der Blick nicht mehr auf der Missionierung, sondern auf der Betonung des Gemeinsamen, ohne Unterschiede zu verschweigen. Die Sendung der Kirche ist ihr Dienst an Gerechtigkeit, Frieden und einer humanen Gestaltung der Einheit der Menschen, biblisch begründet durch die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe.

Rezeption – vorwiegend in der Bundesrepublik

Mit der Veröffentlichung der Konzilerklärung begann eine kontroverse Rezeption und zögerliche Umsetzung in der Gesamtkirche. Die lebhaften Debatten um die „richtige“ Interpretation sind nicht verwunderlich und auch begründet durch Unzulänglichkeiten mancher Formulierungen. Angesichts des epochemachenden Charakters der Erklärung ist es aber wenig sinnvoll, sich an einzelnen Formulierungen festzubeißen oder pauschal die mangelnde Kenntnis dieser Erklärung zu beklagen. Diese ist so etwas „wie ein Startschuss, der nach vorne weist“ (Lehmann). Widerstände und Konflikte werden fortauern. Sie sind im geduldigen Dialog zu bearbeiten.

Die Kirche setzte nach dem Konzil den eingeschlagenen Weg langsam aber konsequent fort, in vielen Erklärungen und Stellungnahmen Roms, aber auch in zahlreichen Ortskirchen. Für Deutschland besonders wichtig wurde *Die Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland* von 1971 – 1975. Der Teil IV,2 aus dem Beschluss „Unsere Hoffnung“ vom November 1975 bekennt sich u.a. zur Mitschuld der Christen an den Verbrechen gegenüber den Juden und hebt die „besondere Verpflichtung der deutschen Kirche innerhalb der Gesamtkirche“ hervor, „auf ein neues Verhältnis der Christen zum jüdischen Volk und seiner Glaubensgeschichte hinzuwirken.“ Die vatikanische Kommission für

die religiösen Beziehungen zum Judentum hat 1985 Hinweise für eine richtige Darstellung von Juden und Judentum in Predigt und Katechese herausgegeben.

Markantes Beispiel: die Karfreitagsfürbitte

Ein Beispiel für den radikal veränderten Blick auf die Juden ist die Karfreitagsfürbitte. Vor dem Konzil lautete sie: „Lasset uns auch beten für die treulosen Juden (*perfidis Judaeis*), dass Gott, unser Herr, wegnehme den Schleier von ihren Herzen, auf dass auch sie erkennen unseren Herrn Jesus Christus.“

Diese grundsätzliche Abwertung des Judentums durch die Kirche wird auch in der mittelalterlichen Kunst deutlich in der Gegenüberstellung zweier Frauengestalten als Sinnbilder für Synagoge und Ecclesia (Kirche). Besonders bekannt sind die beiden Skulpturen am Straßburger Münster. Die Synagoge wird mit verbundenen Augen, einer zerbrochenen Lanze und demütig geneigtem Kopf dargestellt, aus ihrer linken Hand entgleiten ihr die Gesetzestafeln. Zeichen der siegreichen Ecclesia sind dagegen ihr erhobenes Haupt, eine reich verzierte Krone, die Kreuzesfahne und der Abendmahlskelch. Die künstlerische Schönheit der Figuren verdeckt fast die zugrundeliegende theologische Aussage.

Schon 1959 hatte Johannes XXIII. das Wort „perfidis“ aus der Fürbitte streichen lassen. Die



Neuformulierung nach dem Konzil lautet: „Lasset uns auch beten für die Juden, zu denen Gott, unser Herr, zuerst gesprochen hat. Er bewahre sie in der Treue zu seinem Bund und in der Liebe zu seinem Namen, damit sie das Ziel erreichen, zu dem sein Ratschluss sie führen will.“ Hier wird unmissverständlich die Wertschätzung für Gottes erwähltes Volk Israel deutlich. Israel ist auf dem Weg des Heils und muss nicht erst durch die Kirche auf diesen Weg gebracht werden. Eine Aussage, die vor *Nostra Aetate* nicht möglich gewesen wäre. Ich kenne leider keine künstlerische Darstellung, die das neue Verhältnis zwischen Synagoge und Kirche zum Ausdruck bringt.

Johannes Paul II.

Wesentliches für eine konkrete Umsetzung hat auch Papst Johannes Paul II. (1978-2005) geleistet. Von Jugend an mit Juden befreundet und in unmittelbarer Nähe zu Auschwitz aufgewachsen, war ihm eine biblisch und theologisch begründete Versöhnung mit den Juden ein wichtiges Anliegen. Antisemitismus war für ihn eine Beleidigung der Würde des Menschen und eine Beleidigung Gottes. Immer wieder betonte er, dass das jüdische Volk von Gott erwählt und geliebt ist und das Volk des Bundes bleibe, den Gott nie gekündigt hat. Zeichen für seine Einstellung waren u.a. die Begegnung mit Juden im Konzentrationslager Birkenau 1979, der erste Besuch eines Papstes in der Großen Synagoge in Rom 1986, der Besuch der Jerusalemer Klagemauer im März 2000 und die Bitte um Vergebung für alle Sünden, die Christen gegen Juden begangen haben in St. Peter in Rom am ersten Fastensonntag 2000.

Benedikt XVI.

Die Haltung des jetzigen Papstes Benedikt XVI. (seit 2005) ist nicht leicht einzuschätzen. Nach Aussagen von Kardinal Karl Lehmann hat das Thema der Beziehung des christlichen Glaubens zu den Weltreligionen den Theologen Joseph Ratzinger immer wieder angezogen. Als Präfekt der Glaubenskongregation hat er den Einsatz von Johannes Paul II. für den interreligiösen Dialog gestützt, wenn er auch mehr die Aufgabe der Differenzierung oder Mahnung wahrgenommen hat. So hat er z. B. der Päpstlichen Bibelkommission für die gründliche Auseinandersetzung

mit den „antijüdischen“ Texten des Neuen Testamentes ausdrücklich gedankt. Als Papst gibt es von ihm eine ganze Reihe von Ansprachen und Begegnungen, in denen deutlich wird, dass er eine tiefere Beschäftigung mit *Nostra Aetate* betont und verlangt, und dass er den Weg seiner Vorgänger zur Verbesserung der Beziehungen und der Freundschaft mit dem jüdischen Volk weitergehen möchte. Auch zeigt er in seinem Jesusbuch viel Sensibilität für das Judentum.

Umso befremdlicher ist seine folgende Entscheidung: Im Februar 2008 ordnete er nicht an, dass für den sogenannten außerordentlichen Ritus der Traditionalisten die neue Formulierung der Karfreitagsfürbitte gilt. Stattdessen gilt für sie eine modifizierte vorkonziliare Form. Sie lautet: „Lasset uns auch beten für die Juden, dass Gott, unser Herr, ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus als den Heiland aller Menschen erkennen.“ Wenn sie auch nicht ganz so schroff formuliert ist, so lässt sie doch keinen Zweifel daran, dass die Juden sich zu Christus bekennen müssen. Die hinter der Formulierung stehende theologische Verurteilung des Judentums ist allzu deutlich. Für Christen, die sich für eine Aussöhnung mit den Juden einsetzen, ist diese Formulierung zumindest irritierend. Und es ist auch nicht wirklich zu verstehen, dass für die Heimholung der Traditionalisten in die Kirche aus irgendwelchen kirchenpolitischen Gründen eine zentrale Aussage des Konzils missachtet wird.

Grundsätzliches zum interreligiösen Dialog

Ein Blick in unsere Gegenwart zeigt, dass die Umsetzung der Beschlüsse noch längst nicht zufriedenstellend ist. An Bedeutung aber haben sie angesichts eines immer wieder neu aufkommenden Antisemitismus – weltweit, aber auch hier bei uns – nicht verloren. Die zahlreichen institutionellen Kontakte, die vielen persönlichen Begegnungen im kleinen und großen Rahmen, die Einrichtung verschiedenster Institutionen, Kommissionen, Arbeits- und Gesprächskreise und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit haben Unschatzbares für die Versöhnung zwischen Christen und Juden bzw. zwischen Christen und Gläubigen anderer Religionen geleistet. Auch die Religionspädagogik hat gewaltige Anstrengungen gemacht, um grundlegende Mängel in der Glaubensunterweisung zu beheben.

Doch der Dialog ist schwierig und wird schwierig bleiben. Unterschiede in den religiösen Wahrheiten lassen sich nicht wegdiskutieren. Aber im Sinne von *Nostra Aetate* dürfen sie kein Vorwand für Verurteilung und Feindschaft sein. Als ehrliche Dialogpartner müssen wir die Überzeugungen des jeweils anderen achten und als solche anerkennen. Dabei geht es nicht nur um die sachgerechte und ehrliche Aufarbeitung des vergangenen Unrechts, sondern ebenso um gegenwärtige und zukünftige Aufgaben und Herausforderungen.

Dabei ist heute – anders als zur Zeit des Konzils – eine intensivere Einbeziehung des Dialogs mit dem Islam notwendig. Gehören doch – auch hier in Deutschland – aufgrund der zahlreichen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen Muslime zu unserem Alltag. Da gilt es, neue Wege des Zusammenlebens zu finden und zu gestalten. Hier zeigt sich, dass der Schlussappell von *Nostra Aetate*, „einen guten Wandel unter den Völkern zu führen“ und Frieden zu halten und zu ermöglichen, nichts von seiner Bedeutung /Dringlichkeit verloren hat. Im Gegenteil! Die Aufforderung zum geschwisterlichen Dialog ist ohne Alternative.

Zur Ermutigung für einen solchen Dialog ein paar Gedanken nach einem Text von Bischof Klaus Hemmerle:

Selig, die das Interesse des anderen lieben wie ihr eigenes - denn sie werden Frieden und Einheit stiften.

Selig, die nie sagen: Jetzt ist Schluss! - Denn sie werden den neuen Anfang finden.

Selig, die das Körnchen Wahrheit in jedem Diskussionsbeitrag heraus hören – denn sie werden integrieren und vermitteln können.

Selig, die ihre Position nicht ausnutzen – denn sie werden das Klima prägen.

Selig, die unterliegen und verlieren können - denn der Herr kann dann gewinnen.

PAX CHRISTI-Mitglied lic. theol. Gunhild Ockel, Oberstudienrätin i. R., über 30 Jahre - fast ausschließlich in der Sek. II - unterrichtet in den Fächern: kath. Religion und Pädagogik in NRW und Niedersachsen.

Ferdinand Kerstiens

Religionsfreiheit und Gewissensfreiheit als Frucht des Konzils



Geschichtliche Verengungen

In den ersten drei Jahrhunderten erlebte die junge Kirche, was es heißt, Minderheitenkirche zu sein. Sie wurde vielfach verfolgt. Etliche starben als Märtyrer, da sie den Staatskult verweigerten. Nach Konstantin wurde sie selbst zur Staatsreligion und verfiel vielfach in den gleichen Fehler: Immer wieder kam es zu Judenprogromen. In den Kreuzzügen ging es nicht nur gegen die Juden und Muslime, sondern auch gegen die oströmischen Christen (Eroberung von Konstanti-

nopel). Gewaltsam ging es gegen die Katharer und die Waldenser. Die Ketzerverfolgung und –verbrennung, die Inquisition und die Hexerverbrennungen spielten eine verhängnisvolle Rolle. Die Eroberung Lateinamerikas ging mit der Vernichtung der einheimischen Religionen einher. Die Reformation brachte neue Kriege um die Rechtgläubigkeit hervor. Der „Westfälische Friede“ brachte zwar äußeren Frieden zwischen den verschiedenen Machtbereichen, aber sein Prinzip: „Cuius regio, eius religio“, „Wes Land, des Religion“ brachte innerhalb der jeweiligen Zonen neue Intoleranz gegen die jeweils Andersgläubigen hervor. Religionsfrei-

heit gab es kaum. Sicher gab es zwischen all den Irrtümern auch Phasen der Toleranz. Doch sie wurden immer wieder unterbrochen. Immer war die Frage der Religionsfreiheit eine Sache von Kirche und Staat. Alle hierarchischen Systeme haben Angst vor jeglicher Freiheit der Untertanen. Deswegen tat sich die Kirche auch schwer mit der Aufklärung, dem Aufbruch der Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit.

Den Höhepunkt kirchenamtlicher Freiheitsverweigerung und der Liaison zwischen Kirche und Staat in dieser Frage war die Enzyklika „Mirari vos“ von Gregor XVI von 1832:

„Aus dieser ganz verdorbenen Quelle des Indifferentismus erfloss die absurde und irrige Meinung oder vielmehr Verrücktheit, jedem Menschen sei Gewissensfreiheit zuzuerkennen und zu garantieren. Zu diesem höchst verderblichen Irrtum führte die volle und unbeschränkte Meinungsfreiheit, die zum Schaden der Kirche und des Staates sich überall hin ausbreitete, und von der einige recht unverschämt behaupteten, sie gereiche der Religion zum Vorteil... Wir können für die Religion und die Staatsgewalt nichts Erfreuliches prophezeien aus den Wünschen derer, welche die Kirche vom Staat trennen und das gegenseitige Einvernehmen zwischen Staatsgewalt und Priestertum zerstören möchten. Offenbar fürchten die Anhänger einer schrankenlosen Freiheit diese Eintracht, die sich stets für Kirche und Staat als glücklich und segensvoll erwiesen hat.“

Die Demokratiefeindlichkeit der Kirche blieb, wirkte sich verhängnisvoll in der Weimarer Republik aus und erleichterte das Hochkommen der Nazis. Auch deren Antisemitismus hatte Wurzeln in dem christlichen Antijudaismus der Jahrhunderte. Der Gehorsam gegenüber Kirche und Staat führte in dem von Anfang an völkerrechtswidrigen und mörderischen Zweiten Weltkrieg zur Gehorsamsforderung der Bischöfe an die Soldaten dem Führer gegenüber bis zum bitteren Ende 1945. Noch der Katechismus von 1955 verhandelte unter dem 4. Gebot, dem Gebot, die Eltern zu ehren, den Gehorsam den kirchlichen und weltlichen Autoritäten gegenüber. Die Kirche forderte Toleranz, wo sie in der Minderheit war, verweigerte sie aber, wo sie die Mehrheit war. Die äußerste Formel von Freiheit war: Toleranz für die Irrenden, aber nicht für den Irrtum. Aber wie soll man das trennen?

Das zweite Vatikanische Konzil

Dann aber kam das Zweite Vatikanische Konzil, das erste Konzil der Weltkirche. Beim Ersten Vatikanischen Konzil fehlten weite Bereiche der Kirche vor allem aus den sogenannten Missionsländern. Die Welt und auch die Kirche waren inzwischen pluraler geworden. Papst Johannes XXIII hatte Erfahrungen gesammelt in Bulgarien, Griechenland, der Türkei und in Frankreich, also im Bereich der orthodoxen Kirchen, des Islam und des laizistischen Frankreich. Er wusste also, was Religionsfreiheit bedeutete und wie wichtig sie für die Kirche ist. Deswegen war ihm wichtig, dass das Vatikanum II etwas zur Religionsfreiheit sagen musste.

Es gab heftige Auseinandersetzungen um dieses Thema. Der konservative Teil der Bischöfe, vor allem aber die Kurie, wollte an dem alten Schema festhalten und sah in der Religionsfreiheit für alle eine große Gefahr für die Katholische Kirche und für deren Selbstverständnis als allein wahre Kirche im Sinne Gottes. Die von der Kurie vorbereiteten Texte zu einer Kirchenkonstitution hielten noch an diesem Schema fest. Pietro Pavan fasst diese ersten Papiere zusammen: „Wenn nahezu alle Mitglieder der Gesellschaft oder ihre Mehrheit sich zur wahren Religion bekennen, und das ist die katholische Religion, dann hat der Staat die Pflicht, sich auch zu ihr zu bekennen. Die Mitbürger, die anderen Religionen anhängen, haben nicht das Recht, am Bekenntnis zu diesen Religionen nicht gehindert zu werden.“ (Lexikon für Theologie und Kirche. Das Zweite Vatikanische Konzil, Teil II, Kommentar zum Dekret über Religionsfreiheit, Herder Freiburg 1967, 704). Die Diskussion über dieses Dekret, das zuerst als Schlusskapitel für das Dekret über den Ökumenismus gedacht war, zog sich über mehrere Konzilsperioden hinweg. Sechs Mal wurde der Text auf Grund der kontroversen Diskussion und der einzelnen Abstimmungen geändert. Die Endabstimmung lautete Ja 2308 Stimmen, Nein 70 Stim-



men, 8 ungültige Stimmen. „So endete der Weg eines Konzilsdokumentes von geschichtlicher Bedeutung für die Kirche wie für die Menschheit. Es wurde unter heftigen Kämpfen und leidenschaftlicher Dramatik erarbeitet; dabei vollzog sich ein Prozess weiterer Klärung und Vertiefung im Bereich einer der wichtigsten Lehren.“ (Pavan a.a.O. 711) Im Laufe der Diskussion kam man immer mehr von einem bloß taktischen Verständnis der Religionsfreiheit zu einem grundsätzlichen.

Einige Zitate zunächst zur anthropologischen Begründung der Religionsfreiheit:

Das Vatikanische Konzil erklärt, dass die menschliche Person das Recht auf religiöse Freiheit hat. Diese Freiheit besteht darin, dass alle Menschen frei sein müssen von jedem Zwang sowohl von Seiten Einzelner wie gesellschaftlichen Gruppen, wie jeglicher menschlichen Gewalt, so dass in religiösen Dingen niemand gezwungen wird, gegen sein Gewissen zu handeln, noch daran gehindert wird, privat und öffentlich, als Einzelner oder in Verbindung mit anderen innerhalb der gebührenden Grenzen nach seinem Gewissen zu handeln. Ferner erklärt das Konzil, das Recht auf religiöse Freiheit sei in Wahrheit auf die Würde der menschlichen Person selbst gegründet, so wie sie durch das geoffenbarte Wort Gottes und durch die Vernunft selbst erkannt wird. Dieses Recht auf religiöse Freiheit muss in der rechtlichen Ordnung der Gesellschaft so anerkannt werden, dass es zum bürgerlichen Recht gehört.“ (Artikel 2)

Die Sozialnatur des Menschen erfordert aber, dass der Mensch innere Akte der Religion nach außen zum Ausdruck bringt, mit anderen in religiösen Dingen in Gemeinschaft steht und seine Religion gemeinschaftlich bekennt.“ (Artikel 3)

Doch die Begründung erfolgt in einem zweiten Schritt auch aus der Natur des Glaubensaktes selbst:

Denn der Glaubensakt ist seiner Natur nach ein freier Akt, da der Mensch, von seinem Erlöser losgekauft und zur Annahme an Sohnes statt durch Jesus Christus berufen, dem sich offenbarenden Gott nicht anhängen könnte, wenn er nicht, indem der Vater ihn zieht, Gott einen vernunft-

gemäßen und freien Glaubensgehorsam leisten würde. Es entspricht also völlig der Wesensart des Glaubens, dass in religiösen Dingen jede Art von Zwang von seiten der Menschen ausgeschlossen ist. (Artikel 10)

Damit ist auch zum ersten Mal in der Kirchengeschichte offiziell anerkannt, dass es auch die freie Entscheidung gegen jedweden Glauben gibt. Nichtglaubende, Agnostiker oder Atheisten haben eben auf ihre Weise entschieden. Die Freiheit zu einer solchen Entscheidung steht ihnen auf Grund ihrer eigenen Würde zu und muss von den Gläubigen geachtet werden.

Das Konzil gibt zu, dass in der Kirche nicht immer so gedacht und gehandelt wurde:

Gewiss ist bisweilen im Leben des Volkes Gottes auf seiner Pilgerfahrt – im Wechsel der menschlichen Geschichte – eine Weise des Handelns vorgekommen, die dem Geist des Evangeliums wenig entsprechend, ja sogar entgegengesetzt war; (eine erstaunliche Ehrlichkeit! Aber dann heißt es beschönigend weiter) aber die Lehre der Kirche, dass niemand zum Glauben gezwungen werden darf, hat dennoch alle

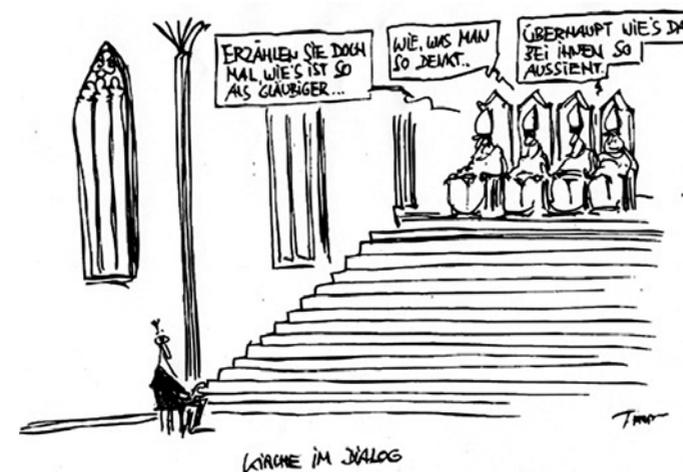


Zeiten überdauert. (Artikel 12) Man muss hinzufügen: Diese Lehre von der Religionsfreiheit musste sich vielfach gegen die Kirche durchsetzen, bis die Kirche – eben erst im Zweiten Vatikanischen Konzil! – sie so

formulieren und begründen konnte. Man vergleiche die Lehre des Konzils mit dem Text aus „Mirari vos“ von Papst Gregor XVI von 1832! Kein Wunder, dass dieses Dekret im Konzil den meisten Widerstand vor allem der Kurie erfuhr.

Die nachkonziliare Entwicklung

Die Religionsfreiheit und die Meinungsfreiheit schließen die Gewissensfreiheit jedes Einzelnen auch *in* der Kirche ein. Das anzuerkennen fällt der offiziellen Kirchenleitung bis heute schwer. Die Kirchengeschichte nach dem Konzil ist nicht ohne Brüche. Dafür exemplarisch einige Beispiele:



Kardinal Arns von Sao Paulo sagte uns einmal bei einer Begegnung: „Wir verstehen es nicht, wie unsere Kirche Jahrhunderte lang im Bett der Reichen gehurt hat.“ Dom Helder Camara: „Als wir auf der Seiten der Reichen standen und deren Ordnung buchstäblich sanktioniert hatten, hat uns keiner gesagt, wir wären zu politisch. Aber als wir uns auf die Seite der Armen stellten, hieß es: Das ist nicht eure Aufgabe. Das ist zu politisch.“ Die Kirche sah lange ihre Liaison mit den Reichen und Mächtigen als selbstverständlich an. Aber es war eine Gefangenschaft, die die Gewissen vernebelte. Als die Kirche Lateinamerikas sich aus

dieser Gefangenschaft befreien wollte, eine befreiende Praxis und eine befreiende Theologie entwickelte als Folge der Öffnung durch das Konzil, die Option für die Armen lebte, war es Kardinal Ratzinger als Chef der Glaubensbehörde, die die Befreiungstheologie verurteilte, Schweigebote verhängte, die Theologen verdächtigte und dafür sorgte, dass die Befreiungstheologie von den Universitäten verbannt wurde und auch entsprechende Initiativen der Orden verhinderte. Bischöfe wurden eingesetzt mit dem Ziel, die befreiende Praxis ihrer Vorgänger rückgängig zu machen. Ähnliche Restriktionen mussten europäische Theologen und Theologinnen erfahren.

In Deutschland wurde auch auf Druck der Bischöfe das Abtreibungsgesetz, das eine Fristenlösung bei bestimmten Fällen erlaubte, geändert und eine vorherige Beratung zur Pflicht gemacht. Fast alle deutschen Bischöfe bejahten dies als die beste erreichbare Lösung und beteiligten sich mit den kirchlichen Beratungsstellen an dieser Regelung. Doch der



Papst und Kardinal Ratzinger sahen darin eine Beeinträchtigung der Eindeutigkeit kirchlicher Lehre und zwangen die Bischöfe, gegen ihr Gewissen aus dieser Beratung auszusteigen. Als dann engagierte Laien die Beratung in dem Verein „Donum vitae“ fortsetzten, verboten die

Bischöfe – wieder auf Druck von Rom – kirchlichen Mitarbeitern dort mitzuarbeiten, obwohl diese doch nur taten, was die Bischöfe bislang von ihrem Gewissen her als die bestmögliche Hilfe ansahen.

Die Kirchen als Großinstitutionen scheinen hierzulande so mit Geld, Macht und den Hierarchien in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft verquickt, dass sie kaum ein freies, prophetisches Wort sagen können. Die kritisieren zwar in dieser oder jener Einzelfrage, stellen aber kaum das ganze System in Frage, von dem die Lateinamerikanische Bischofskonferenz von Puebla 1979 sagt, dass wir in „Strukturen leben, die die Reicher immer reicher machen auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden.“ (Nr. 31) Dieses „auf Kosten“ will man hier in Europa nicht gerne hören. So begibt man sich in neue Gefangenschaften des Gewissens und verdächtigt jene, die auf Grund ihres Gewissens eine grundsätzlichere Kritik kirchlichen und weltlichen Verhaltens vom Evangelium her für nötig halten.

Ein weiteres Beispiel dafür ist die Reaktion von Bischöfen auf das jüngste Memorandum katholischer Theologieprofessorinnen und –professoren „Kirche 2011. Ein notwendiger Aufbruch“. Sie fordern eine Änderung der kirchlichen Praxis in vielen Bereichen, um die Kirche fähig zu machen, in der heutigen Zeit als Zeugin der Frohen Botschaft glaubwürdiger zu werden. Auch da geht es um die Gewissens- und Glaubensfreiheit:

4. Gewissensfreiheit: *Der Respekt vor dem individuellen Gewissen bedeutet, Vertrauen in die Entscheidungs- und Verantwortungsfähigkeit der Menschen zu setzen. Diese Fähigkeit zu unterstützen, ist auch Aufgabe der Kirche; sie darf aber nicht in Bevormundung umschlagen. Damit ernst zu machen, betrifft besonders den Bereich persönlicher Lebensentscheidungen und individueller Lebensformen. Die kirchliche Hochschätzung der Ehe und der ehelosen Lebensform steht außer Frage. Aber sie gebietet nicht, Menschen auszuschließen, die Liebe, Treue und gegenseitige Sorge in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft oder als wiederverheiratete Geschiedene verantwortlich leben.*

Sofort kam die Reaktion von Bischöfen: Die Autoren ließen eine Verarbeitung der Grundagentexte des Zweiten Vatikanischen Konzils ver-

missen. Sie würden nur die alten Reformforderungen wieder aufgreifen. Ihnen wird das „sentire cum ecclesia“ abgesprochen. So Bischof Algermissen, der Präsident von pax christi in Deutschland. Aber das „sentire cum ecclesia“, das „Denken und Fühlen mit der Kirche“ heißt nicht das Denken und Fühlen mit der Hierarchie, sondern es bleibt ein „sentire cum et in ecclesia“, auch da, wo man auf Grund der eigenen Gewissensüberzeugung anderer Meinung ist als die Kirchenleitung. Denn die „ecclesia“ ist nach der Überzeugung des Zweiten Vatikanischen Konzils nicht die Hierarchie, sondern das ganze Volk Gottes.

Wir, die Kirche, stehen da vor entscheidenden Fragen nach der Zukunft der Kirche. Es geht um die „Zeichen der Zeit“, auf die zu achten das Konzil die Kirche verpflichtet hat, nicht um ein „Christentum light“, wie es jetzt Bischöfe dem Memorandum vorwerfen. Die Frage der Gewissens- und Glaubensfreiheit wird heute neu zur Gewissensfrage aller Mitglieder der Kirche. Bevormundung und Besserwisserei haben auf keiner Seite der Kirche ein Recht, sondern nur ein intensiver Glaubensdialog, wo sich die Gläubigen mit und ohne kirchliches Amt auf Augenhöhe begegnen, sowie Argumente und Erfahrungen ohne gegenseitige Verdächtigung austauschen. In dem angekündigten Dialog zwischen Bischöfen und Kirchengenossen gibt es aber wieder die alten Tabuthemen: Zölibat, Geschiedene und Wiederverheiratete, eucharistische Gastfreundschaft, Homosexualität, Mitbestimmung der Gläubigen und andere. Viele Gläubige an der Basis, auch viele Theologen haben den Eindruck, wenn es der Hierarchie an Argumenten mangelt, beruft sie sich auf das „göttliche Recht“, an das sie gebunden sei. Dabei hat sich das „göttliche Recht“ im Laufe der Geschichte immer wieder gewandelt und wird in den anderen christlichen Kirchen auch anders gesehen. Achtung vor der Gewissensfreiheit und damit der Würde jedes einzelnen Menschen verlangt aber nicht nur Mitsprache auf Augenhöhe, sondern auch Mitentscheidung, die den Gläubigen zusteht, ihnen aber vorenthalten wird. Selbst die Bischofssynode in Rom hat kein Entscheidungsrecht, sondern darf nur Empfehlungen an den Papst richten. Die Kirchenleitung tut sich offenbar immer noch schwer, die Gewissensfreiheit anzuerkennen.

Die Piusbrüder

Die Frage der Religions- und Gewissensfreiheit ist denn auch einer der Hauptpunkte der Kritik der Piusbrüder an den Konzilsentscheidungen. Ich beziehe mich da auf eine kleine Anfrage von einigen Abgeordneten der Grünen im Bundestag (!) nach der Verfassungswidrigkeit der Piusbrüder (abgedruckt in Imprimatur 44 (2011, Nr. 1, S. 35-37)). „Der Distriktobere der Bruderschaft in Deutschland, P. Franz Schmidtberger, hat sich in verschiedenen Publikationen der Bruderschaft dafür ausgesprochen, große Teile der grundgesetzlich geschützten Menschenrechte außer Kraft zu setzen. Auch andere Mitglieder der Piusbruderschaft, wie der Theologe Dr. Raphael Hüntelmann, haben sich wiederholt dafür eingesetzt, zentrale Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit und die Gleichbehandlungsvorschriften des Grundgesetzes aufzuheben. ... Die Religionsfreiheit will der Distriktobere aufheben, denn für ihn ‚gibt es nur eine wahre, von Gott gestiftete Religion.‘ Eine staatliche Neutralität gegenüber den Religionen dürfe es nicht geben, vielmehr müsse der Staat das Wirken der christlichen (=katholischen) Kirche fördern, schützen und verteidigen. ... ‚Der Mensch hat nicht das Recht, d.h. die moralische Freiheit, dem Irrtum anzuhängen.‘“ Die Bundestagsabgeordneten der Grünen fragen die Bundesregierung: „Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Priesterbruderschaft St. Pius X in Gänze oder in Teilbereichen Bestrebungen verfolgt, die im Widerspruch mit den freiheitlichen, demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland stehen?“

Ich teile diese „Kleine Anfrage“ der grünen Abgeordneten. Warum aber soviel Aufhebens um die Piusbrüder in diesem Artikel über die Gewissensfreiheit? Weil der Ungeist der Piusbrüder bis weit in die rechte Szene der katholischen Kirche hineinreicht und weil der Papst Benedikt XVI mit den Piusbrüdern liebäugelt. Deswegen füge ich eine „Kleine Anfrage“ an die katholische Kirchenleitung hinzu: „Wie ist das Werben des Papstes und anderer Kurienmitglieder um Versöhnung mit der Piusbruderschaft, sowie konkrete Maßnahmen wie die Aufhebung der Exkommunikation der illegal geweihten Bischöfe der Piusbruderschaft und die Wiedereinführung der tridentinischen Messe mit dem Konzil vereinbar?“ Man könnte mir erwidern: Auch die Piusbrüder haben doch das Recht auf

Meinungsfreiheit, das zu sagen, was sie denken! Sicher, aber da wird eine Grenze deutlich: Das Recht auf die eigene Gewissensfreiheit endet dort, wo ich die Gewissensfreiheit der anderen leugne, bekämpfe und dafür sogar noch den Staat in Anspruch nehme. So fordert ja auch Benedikt XVI, dass Staaten keine Gesetze verabschieden, die Handlungen erlauben, die der Lehre der Kirche widersprechen, so z.B. Abtreibung, homosexuelle Partnerschaften, Scheidung und Wiederheirat.

Folgerungen

Es ist also hohe Wachsamkeit der Gläubigen, insbesondere der Theologen erforderlich, damit die Verdächtigung der Gewissensfreiheit in der Kirche sich nicht wieder ausbreitet. Diese Wachsamkeit muss sich vor allem darin zeigen, dass jeder und jede Gläubige offen sagt, was er/sie denkt, und sich dafür auch mit anderen Gläubigen verbündet, um gemeinsam die eigene Ansicht zur Geltung zu bringen – im Respekt vor der Gewissensfreiheit der anderen. Das Konzil hat ja ausdrücklich anerkannt, dass die Sozialnatur des Menschen auch die gemeinschaftliche Meinungsäußerung und Aktion einschließt.



Memorandum der Theologen ist Zeichen der Gewissensfreiheit, der notwendigen Wachsamkeit und der unauswechselbaren, jeweils eigenen Verantwortung aller Gläubigen in der Kirche und für sie. Die Bischöfe

und der Papst sollten diese Äußerung ernst nehmen. Das gleiche gilt natürlich auch innerhalb der einzelnen Gemeinden. Die Gewissensfreiheit wird nicht großmütig eingeräumt. Sie muss immer neu in Anspruch genommen werden.

Ferdinand Kerstiens ist Pfarrer em. in Marl, war lange Zeit Geistlicher Beirat in der Bistumsstelle Münster und arbeitet in der Redaktion der „Korrespondenz“ mit

erung und Aktion einschließt.

Das gilt auch innerhalb der Kirche. Solche gemeinsame Meinungsäußerung ist nicht eine Aufkündigung der Solidarität innerhalb der Kirche, sondern legitime Mitwirkung. Das

Klemens Richter

Auch fünf Jahrzehnte „danach“: Liturgie als Mitte der Erneuerung von Glaube und Kirche

„Stillstand ist Rückschritt.“ Zur Notwendigkeit der Liturgiereform

„Stillstand ist Rückschritt. Das gilt in fast allen Bereichen unseres Lebens. Denn Leben bedeutet Bewegung, Wachstum und Veränderung. Weil die Liturgie zu den grundlegenden Lebensäußerungen der Kirche gehört,



gelten auch für die Gesetze des Lebens.“ So die deutschen Bischöfe in ihrem Schreiben „Mitte und Höhepunkt des ganzen Lebens der christlichen Gemeinde“ von 2003, in dem sie „dankbar auf 40 Jahre liturgischer Erneuerung zurückblicken“. Damit greifen sie den ersten Satz der am 4.12.1963 mit der überwältigenden Mehrheit von 2147 Ja- gegen nur 4 Nein-

Stimmen von den Bischöfen in Rom angenommenen „Konstitution über die heilige Liturgie“ („Sacrosanctum Concilium“) auf, der zugleich der erste Satz aller Konzilsdokumente ist und als Ziel dieses Konzils benennt, „das christliche Leben unter den Gläubigen mehr und mehr zu vertiefen, die dem Wechsel unterworfenen Einrichtungen den Notwendigkeiten

unseres Zeitalters besser anzupassen, zu fördern, was immer zur Einheit aller, die an Christus glauben, beitragen kann...“

Ob dies gelungen ist, muss sich nicht nur, aber auch in der liturgischen Praxis unserer Gemeinden zeigen. Schon zum 20. Jahrestag der Verabschiedung der Liturgiekonstitution (LK) steht für die deutschen Bischöfe fest, dass das Bewusstsein, wonach Liturgie nicht nur vom Priester, sondern von allen Versammelten gefeiert werde, gewachsen sei, und damit auch das Gespür dafür, „dass die Mitfeiernden zueinander gehören und miteinander Verantwortung tragen füreinander und für die Welt“. Allerdings konstatieren sie zugleich, was leider auch heute noch ein Problem darstellt, nämlich dass „sich bei vielen Priestern und Laien, Kirchenmusikern und Religionslehrern, Theologieprofessoren und Studenten neben viel persönlicher Vertrautheit ein oft kaum begreifliches Defizit an gottesdienstlicher Bildung“ zeige. In der Tat: Liturgische Bildung ist eine immerwährende Aufgabe, nicht nur bei den Laien, sondern auch bei vielen derer, die den Gottesdiensten vorstehen.

Wie dringlich die Reform war, belegt schon während des Konzils der junge Bonner Theologieprofessor Joseph Ratzinger, damals Konzilsberater des Kölner Kardinals Josef Frings, wenn er in seinem Tagebuch (Köln 1963) geradezu euphorisch festhält, dass „Aufbauarbeit geleistet werden (konnte), die vorwärts führte, die die Zögernden mitriss, weil der Entwurf (der LK) ihnen zeigte, dass es nicht um Zerstörung und Kritik, sondern um die größere Fülle geht...“

Er spricht „von einer Rückkehr zu den Ursprüngen und von einem Abbau der vielfältigen geschichtlichen Überlagerungen, die den Kern des eigentlich Gemeinten oft genug weitgehend überdecken.“ Es gelte, alle „rituelle Erstarrung“ aufzulösen, „den Wortgottesdienst wieder als Verkündigung des den Menschen meinenden, ihn anrufenden Gotteswortes herzustellen, den dialogischen Charakter der ganzen liturgischen Feier, ihr Wesen als gemeinsamen Dienst des Gottesvolkes wieder deutlich“ erkennbar zu machen. Dazu gehöre die Dezentralisierung der liturgischen Gesetzgebung und die Benutzung der Muttersprache: „Man wird kaum leugnen können, dass die Sterilität, zu der die katholische Theologie

und Philosophie seit dem Ende der Aufklärung vielfach verurteilt war, nicht zuletzt von der Bindung an eine Sprache herrührte“, an das Latein. Er hebt besonders hervor, dass es nicht um Äußerlichkeiten, nicht um rubrizistische Veränderungen ging, sondern der Text schloss „zugleich eine ganze Ekklesiologie (Kirchenverständnis) mit ein und stellte damit einen schwer zu überschätzenden Vorgriff auf das vermutliche Hauptthema des ganzen Konzils, auf die Lehre von der Kirche dar, die auf diese Weise von der 'hierarchologischen' (Congar) Verengung der letzten Jahrhunderte gelöst und auf ihren sakramentalen Ausgangspunkt zurückbezogen wurde“.

Ekklesiologie und Liturgie: Erneuerung der Kirche nicht ohne Liturgieerneuerung

Ratzinger benennt damit entscheidende Grundintentionen der von der LK ausgehenden Liturgiereform, wobei er zu Recht besonders das Verhältnis von Liturgie und Ekklesiologie hervorhebt. Eine *Ecclesia semper*



reformanda (eine immer wieder zu erneuernde Kirche) ist ohne eine *Liturgia semper reformanda* nicht zu denken. Wer eine von der Heiligen Schrift her bestimmte ständige Erneuerung der Kirche will, muss eine ihr entsprechende Liturgie wollen, denn Kirchen- und Liturgieverständnis sind untrennbar miteinander verbunden.

So verweist Johannes Paul II. zum 25. Jahrestag der LK darauf, dass man darin „schon den Kern jener Lehre über die Kirche vorfindet, die später von der Konzilsversammlung vorgelegt wird“, ja sie nehme die dogmatische Konstitution über die Kirche „*Lumen Gentium*“ (LG) schon vweg: In „Verbindung mit der biblischen Erneuerung, der ökumenischen Bewegung, mit dem missionarischen Eifer und mit der ekklesiologischen Forschung sollte die Liturgiereform zu einer umfassenden Erneuerung der ganzen Kirche beitragen ... Es besteht in der Tat eine sehr enge und organische Verbindung zwischen der Erneuerung der Liturgie und der Erneuerung des ganzen Lebens der Kirche. Die Kirche handelt nicht nur in der Liturgie, sie drückt sich auch in ihr aus und schöpft aus der Liturgie ihre Lebenskraft.“

Da keine andere Lebensäußerung der Kirche so sehr Ausdruck kirchlicher Identität ist wie die Liturgie, „deren Wirksamkeit kein anderes Tun der Kirche an Rang und Maß erreicht“ (LK 7), da also der Gottesdienst ein Spiegelbild des gesamten kirchlichen Lebens ist, weil hierin die Kirche realsymbolisch ihre Darstellung (ihre symbolische Darstellung) findet, muss er ihren Glauben und ihr Leben zum Ausdruck bringen. In der Geschichte zeigt sich, dass jede größere innerkirchliche Veränderung auch Unterschiede in der Feiargestalt der Liturgie bewirkt. Die Entwicklung zu einer römisch-lateinischen Klerusliturgie im Mittelalter steht in Verbindung mit einer Sicht, die Kirche von oben nach unten strukturiert sieht, weshalb die Liturgie ausschließlich an den von nun an allein dazu befähigten Kleriker gebunden wird.

Die tridentinische Liturgie ist Spiegelbild dieser Ekklesiologie. Von daher ist es nicht nachzuvollziehen, wenn der gegenwärtige Papst in seinem Schreiben „*Summorum Pontificum*“ 2007 die breite Wiederzulassung dieser Form neben der vatikanischen genehmigt. Es hätte der konziliaren Reform nicht bedurft, wenn die Konzilsväter nicht andere

ekklesiologische und selbstverständlich auch theologische Akzente hätten setzen wollen.

Das wird etwa deutlich, wenn entsprechend LK 7 die Einführung in das neue Missale in Art. 7 die Gegenwartsweisen Jesus Christi in der Eucharistiefeier beschreibt: Entsprechend der Verheißung Jesu nach Mt 18,20 „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen“, wird als erste reale Gegenwartsweise Christi die zur Liturgie versammelte Gemeinde genannt, danach der Vorsteher der Liturgie und weiter entsprechend der Abfolge der Feier seine Gegenwart



im Wort der Verkündigung der Schrift und dann – wenn es sich um eine Eucharistiefeier handelt – bleibend in den eucharistischen Gestalten. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel gegenüber dem vorkonziliaren Verständnis, das der Gegenwart des Herrn in der Gemeinde keine Beachtung schenkte und vornehmlich die Gegenwart in der Hostie, gekennzeichnet durch Anbetung, hervorhob.

Hier nun wird die Bedeutung der ganzen Liturgie feiernden Gemeinde in den Vordergrund gestellt: Die Laien sind authentische Subjekte der Liturgie, im ursprünglichen Sinn wahrhaft Konzelebranten, Mitfeiernde. Ihre Teilhabe am Amt Christi wird in LG 31 betont, so dass bei allen Unterschieden in den verschiedenen Ämtern laut LG 32 „eine wahre Gleichheit in der allen Gläubigen gemeinsamen Würde und Tätigkeit zum Aufbau des Leibes Christi“ gegeben ist.

Vorkonziliar war nur von den Lehr-, Priester- und Hirtenaufgaben die Rede, die ausschließlich dem Leitungsamt, Bischöfen und Priestern, zugeordnet wurden. Wenn nunmehr die Grundaufgaben der Kirche in Martyria (den Glauben verkünden und bezeugen), Liturgia (den Glauben feiern) und Diakonia (den Glauben tun) gesehen werden, dann haben alle je nach ihrer Stellung in der Gemeinde daran Anteil. Für die Eucharistie heißt das nach LK 48, dass alle Gläubigen in der Messfeier „Gott dank sagen und die unbefleckte Opfergabe darbringen sollen, nicht nur durch die Hände des Priesters, sondern auch gemeinsam mit ihm und dadurch sich selber darbringen lernen“.

Zum Unterschied von Theologie und Ekklesiologie in vor- und nachkonziliarer Liturgie

Ein Beispiel für Theologie und Ekklesiologie des vorkonziliaren Messbuchs ist die Karfreitagsfürbitte „für die treulosen Juden“, die Gott durch diese Bitte „ihrer Finsternis und Verblendung“ entreißen möge. Der weltweite Vorwurf des Antisemitismus veranlasste Rom 2008, sie durch eine Neuformulierung zu ersetzen, nach der Gott die Herzen der Juden erleuchten möge, „damit sie Jesus Christus als Retter aller Menschen erkennen“ und so auch Israel am Ende der Zeiten gerettet werde.

Diese Bitte ist zwar theologisch möglich, doch bleibt sie weit zurück hinter der Konzilserklärung über das Verhältnis der Kirche zu den Juden in „Nostra aetate“ sowie der nachkonziliaren Karfreitagsliturgie, nach der Gott die Juden, „zu denen er zuerst gesprochen hat ... in der Treue zu seinem Bund und in der Liebe zu seinem Namen“ bewahren möge, „damit sie das Ziel erreichen, zu dem sie sein Ratschluss führen will“.

Als nur ein weiteres bislang kaum bekanntes Beispiel, das klar den konziliaren Erkenntnissen – in dem Fall den Aussagen zur Ökumene – widerspricht, sei auf eine weitere Bitte am Karfreitag verwiesen, die für die Einheit der Christen. Beten Katholiken nachvatikanisch für die „Brüder und Schwestern, die an Christus glauben, dass unser Herr und Gott sie leite auf dem Weg zur Wahrheit und sie zusammenführe in der Einheit der heiligen Kirche“, so mit dem vorkonziliaren Missale „für die Irrgläubigen und Abtrünnigen: unser Gott und Herr möge sie allen Irrtümern entreißen und sie zur heiligen Mutter, der katholischen und apostolischen Kirche, zurückrufen“. Der Heiland möge auf die durch teuflischen Trug verführten Seelen schauen und sie zur Ablegung ihres Irrglaubens bewegen. Wie kann so heute noch über evangelische Christen geredet werden? Demgegenüber die Theologie des neuen Messbuchs: „Allmächtiger Gott, du allein kannst die Spaltung überwinden und die Einheit bewahren. Erbarme dich deiner Christenheit, die geheiligt ist durch die eine Taufe. Einige sie im wahren Glauben und schließe sie zusammen durch das Band der Liebe.“

Wird dies nebeneinander gestellt, kann nicht ernsthaft – wie Benedikt XVI. das tut – von einer gemeinsamen Glaubenslehre in beiden Riten gesprochen werden. Mit dem Konzilsdekret „Unitatis redintegratio“ lässt sich das ebenso wenig vereinbaren wie mit der Enzyklika „Ut unum sint“ Johannes Pauls II.

Die Ekklesiologie des Konzils, sein Kirchenbild, ist durch eine Volk Gottes-Theologie geprägt, von der Gemeinschaft aller Getauften. Daher ist nicht mehr der Klerus allein liturgiefähig, wie es das vorkonziliare Kirchenrecht can. 1256 entsprechend der tridentinischen Messe behauptete, in der Laien nur das Recht hatten, der Messe fromm beizuwohnen. Liturgie wird als Weiterführung des Priesteramtes Christi verstanden, wobei dieses Amt allen durch die Taufe in den Leib Christi Eingegliederten zukommt: Alle sind aufgrund dieses gemeinsamen Priesteramtes Sacerdotes, Träger der Liturgie, der Priester dann durch die Weihe ihr Vorsteher (LK 14; 26-19): Zu unterscheiden ist also das sacerdotale, allen Getauften zukommende liturgische Priesteramt, und das presbyterale, der den Amtsträgern zukommende Vorsteherdienst. Voraussetzung für

die daher vom Konzil verlangte „volle, tätige und gemeinschaftliche Teilnahme“ (LK 21) ist dann, dass die Riten „knapp, durchschaubar und frei von unnötigen Wiederholungen“ sowie „der Fassungskraft der Gläubigen angepasst“ sein sollen, „ohne vieler Erklärungen zu bedürfen“ (LK 34). Daraus ergibt sich notwendigerweise die grundsätzliche Zulassung der Volks-, also der Muttersprache, wie es in den ersten Jahrhunderten selbstverständlich war.

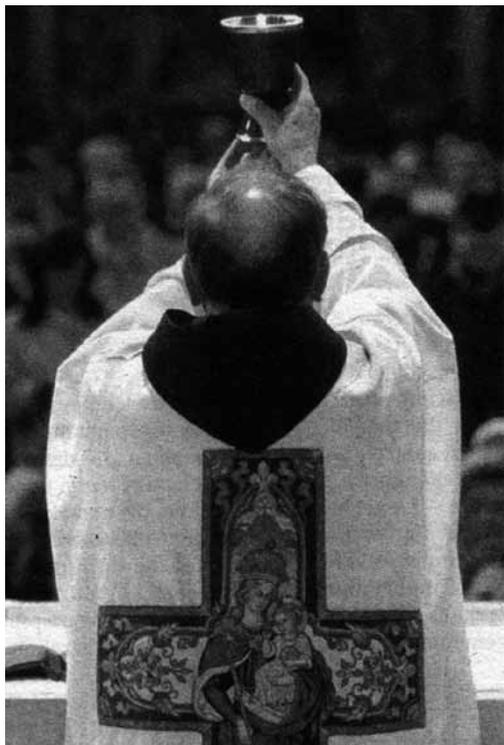
Der Weg zur Liturgiereform, auch im Bistum Münster

Dieser Perspektiv- bzw. Paradigmenwechsel, den das Konzil vollzieht, ist vor allem in der Liturgischen Bewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorbereitet worden. Schon Papst Pius X. forderte vor gut 100 Jahren, dass die Gemeinde nicht parallel zur Liturgie etwas Frommes beten sollte, sondern die Liturgie selbst. Weltweit wurde vor dem Konzil oft noch der Rosenkranz während der Messe gebetet, weil die Gemeinde an der lateinischen Liturgie noch dazu mit einem mit dem Rücken zu ihr stehenden Priester weder hörend noch sehend teilnehmen konnte. Das schon aus dem Mittelalter kommende Sonntagsgebot zeigt ja, dass es eines Gebotes bedurfte, weil die Gläubigen den Sinn der Messe nicht verstanden und freiwillig kaum gegangen wären.

Hierzulande war das in vielen Gemeinden schon vor dem Konzil anders, weil – übrigens gerade im Bistum Münster – die Liturgische Bewegung wesentliche Änderungen schon vorbereitet hatte, so die Verkündigung der Schriftlesungen in deutscher Sprache, die der Priester aber dennoch lateinisch innerhalb der sogenannten Vormesse – welch ein Ausdruck für das, was wir heute Wortgottesdienst nennen! – leise lesen musste. Vielerorts gab es schon eine Gemeinschaftsmesse statt der sonst häufigen Stillmesse.

Papst Pius XII. hat daher diese Bewegung, die von der Basis kam, vornehmlich von jungen Priestern und Laien, „den Durchgang des Heiligen Geistes in seiner Kirche“ genannt. Mit der Erneuerung von Karwoche und Osternacht Anfang der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts hat er dann selbst die Liturgiereform schon eingeleitet.

Übrigens war es der Bischof von Münster, Michael Keller, der weitgehende Reformwünsche an das Konzil gestellt hat, die alle erfüllt wurden, u.a. eine mehrjährige Leseordnung, den Gebrauch der Muttersprache oder auch die Einführung von Kantoren und Lektoren sowie die Abschaffung der Niederen Weihen. Er war es auch, der mit dem Domkapitel 1956, als an ein Konzil noch nicht einmal zu denken war, im Dom den Altar



in die Vierung, also in die Mitte der Gemeinde, stellte – ein damals unerhörter Vorgang, der dem Ziel diene, das Mysterium Christi inmitten der Gemeinde und nicht weit weg von ihr feiern zu können.

Das war ein wesentlicher Impuls dafür, dass nach dem Konzil zunehmend mehr Gemeinden die Orte der Gegenwart Christi in der Liturgie, Ambo und Altar, wenn auch unterschiedlich deutlich so angeordnet haben, dass sie von Gemeinde und Priester gewissermaßen umschlossen werden – bis hin zu

einer elliptischen Anordnung, bei der die Gläubigen einander gegenüber stehen und die in den beiden Brennpunkten stehenden Orte Ambo und Altar gewissermaßen umschließen, so wie in unserem Bistum z.B. in St. Barbara Moers.

Damit wird eine Anordnung aufgegriffen, wie sie in den Klöstern schon immer selbstverständlich war, übrigens auch in den Chorräumen der

Kathedralen, in denen – abgetrennt durch einen Lettner – zumindest bis in die Barockzeit die Klerikerliturgie vollzogen wurde. Und diese veränderte Ordnung des liturgischen Raumes entspricht wiederum dem erneuerten Kirchenverständnis der *Communio-Theologie*.

Eine eucharistische Ekklesiologie

Aus all dem zieht der Regensburger Dogmatiker Wolfgang Beinert die Schlussfolgerung: „Wie immer man die Ergebnisse der nachvatikanischen liturgischen Erneuerung auch einschätzen mag, dem Konzil selber muss man die Folgerichtigkeit von Denken und Tun bescheinigen. Wenn die Eucharistie als *Communio-* und *Communicatio-*Geschehen des trinitarischen Heilswerks zu sehen ist, dann ist die Abendmahlsliturgie tatsächlich 'der Höhepunkt, dem das Tun der Kirche zustrebt, und zugleich die Quelle, aus der all ihre Kraft strömt' (LK 10). Wenn sich also Kirche erneuern will und muss, dann ist eine Liturgiereform nicht zu umgehen ... Bemühungen um eine Kirchnerneuerung können nur dann und insofern erfolgreich sein, wenn und insofern der 'Ecclesia reformanda' eine 'Liturgia reformanda' korrespondiert.“

So können wir heute von einer eucharistischen Ekklesiologie sprechen, denn Kirche ist dort, wo eine Gemeinde in Einheit mit der Gesamtkirche Eucharistie feiert, so dass sich die Kirche von unten nach oben durch die in Gemeinschaft mit ihrem Bischof stehenden eucharistiefeiernenden Gemeinden aufbaut. Nach Kardinal Walter Kasper entspricht diese „eucharistische Konzeption der Kirche ... ganz der Sicht der Kirchenväter. Die Ostkirche hat diese Sicht bis heute lebendig bewahrt ... Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, dass eine solche eucharistische Konzeption der Kirche ökumenisch von weitreichenden Konsequenzen ist.“

Davon allerdings ist bislang noch wenig zu merken.

Einige Aspekte zur Zukunft unserer Liturgie

In einer Gesellschaft, in der Gott faktisch nicht mehr vorkommt, ist aber auch zu prüfen, ob selbst die erneuerte Gestalt der Liturgie die Hemmnisse des Betens nicht noch vermehrt, statt sie durch verständliche Formen und

Sprache zu mindern. Bei einer sich missionarisch verstehenden Liturgie, ist nicht mehr nur nach der Liturgiefähigkeit des Menschen, sondern verstärkt nach der Menschenfähigkeit der Liturgie zu fragen. Es ist nicht ihre erste Aufgabe, Außenstehende zu werben, aber sie muss doch für ernsthaft Suchende offen sein, die Differenzierung der Kirchengemeinschaft wahrnehmen und z.B. auch katechumenale Gottesdienste anbieten. Das bedeutet zugleich, dass die Liturgie fortwährender Inkulturation bedarf.

Es gehört zu den positiven Seiten des „Katechismus der Katholischen Kirche“ von 1993, wenn er von der konkreten Fei ergestalt der Liturgie verlangt, „dem Geist und der Kultur der verschiedenen Völker (zu) entsprechen“ (Nr. 1204). Allerdings – auch das eine der vielen Ungereimtheiten aus Rom – behauptet schon im Jahr darauf die Instruktion „Varietates legitima e“, dass es in Europa keiner Inkulturation der römischen Liturgie bedürfe. Verstärkt wird diese Linie noch durch die Übersetzerinstruktion „Liturgiam authenticam“ von 2001, die eine größtmögliche Wörtlichkeit bei der Übersetzung liturgischer Bücher aus dem Latein einfordert, während ihr Vorgänger von 1969 ausdrücklich sagte, es genüge nicht, wenn man „einfach den wörtlichen Inhalt und die Grundgedanken des Originaltextes in eine andere Sprache überträgt.“

Es kommt vielmehr darauf an, einem bestimmten Volk in dessen eigener Sprache getreu zu vermitteln, was die Kirche durch den Originaltext mitgeteilt hat“. Ausdrücklich heißt es sogar: „Man kann sich nicht mit Übersetzungen begnügen; Neuschöpfungen sind erforderlich.“ Diese erneute römische Aushöhlung der Liturgiereform hat 2010 zu einem ersten Desaster geführt: Die nach diesen Weisungen erstellte „Kirchliche Begräbnisfeier“ musste nach Protesten vieler hierzulande im Beerdigungsdienst Stehender zurückgezogen werden. Nun ist zu befürchten, dass auch die seit vielen Jahren angekündigte Neuübertragung des Messbuchs nicht zu gebrauchen ist und hinter die bisherige Fassung zurückfällt.

Für die Zukunft ist sind vier Folgerungen aus den gesellschaftlichen Veränderungen zu ziehen.

Erstens kann und muss Glaube heute persönlich verantwortet werden.

Das setzt zweitens voraus, dass die grundlegenden theologischen Fragen auch von allen verstanden werden können. Wo gottesdienstliche Sprache aus innerer Notwendigkeit eine Sondersprache sein muss, darf sie zumindest den Bereich heutigen Sprachverständnisses nicht verlassen.

Denn, so drittens, verlieren liturgische Sprache und Formen ihre Legitimation, wenn Liturgie unverständlich und dadurch eine Begegnung mit Gott erschwert wird.

Und viertens ist die von manchen als Krise empfundene Situation des Gottesdienstes Teil der kirchlichen Gesamtproblematik, die nicht allein über die Liturgie gelöst werden kann: Die Feier des Glaubens setzt eine Gemeinschaft voraus und baut sie zugleich mit auf, die grundsätzlich glaubt.

Die deutschen Bischöfe beenden ihr Schreiben zum 40. Jahrestag der LK mit Worten, die auch heute Gültigkeit haben: „Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Das gilt auch für die Kirche und ihre pastoralen Aufgaben.“ Dabei „kann die Liturgie zum Unterpfeiler werden, dass wir die Mitte unseres Glaubens nicht aus dem Auge verlieren ... Damit wir als Christen mitten in unserer Welt glaubwürdig und gläubig leben können, brauchen wir die Liturgie. Sie verdient alle Sorge und allen Einsatz.“ Die Liturgie ist in den Wandlungsprozess der Kirche einbezogen. Dabei ist der Rezeptionsprozess der LK des II. Vatikanums längst nicht abgeschlossen.

Auf diesem Weg gibt es Spannungen und Auseinandersetzungen, überzeugende Lösungen und auch Fehlentwicklungen. Das alles sind nicht Zeichen der Schwäche, sondern der Stärke einer Kirche, die in einer säkularisierten Gesellschaft darauf angewiesen ist, eine Lebens- und Liturgiegemeinschaft zu bilden.

Zur Weiterführung, auch zur Identifizierung der Zitate vgl.:

K. Richter, Die Liturgiekonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils: Ziele, Widerstände, Würdigung. In: K. Richter / Th. Sternberg (Hg.), Liturgiereform – eine bleibende Aufgabe. Münster (Aschendorff) 2004, 23-51.

K. Richter / Th. Sternberg (Hg.), Dem Konzil voraus. Liturgie im Bistum Münster auf dem Weg zum II. Vatikanum. Münster (Dialogverlag) 2004.

PAX CHRISTI-Mitglied Klemens Richter ist em. Professor für Liturgiewissenschaft an der Universität Münster

Ferdinand Kerstiens Ansprache beim ersten Politischen Nacht- gebet der Ökumenischen Telefonseelsor- ge Hamm

Der Mensch in der Mitte

Ich spreche zu Ihnen als katholischer Priester und Theologe mit vielfältiger Ökumenischer Erfahrung. Deswegen habe ich gerne die Einladung angenommen, mit Ihnen dieses erste Politische Nachtgebet der Telefonseelsorge in Hamm zu feiern. Manche Hinweise werden mehr die katholische Kirche betreffen, aber die grundlegenden Fragen sind beiden Kirchen gemeinsam.

In der jetzigen Zeit der Umbrüche, der Neukonstruktion von Gemeinde, Pfarrei und Kirche, ist es wichtig, dass wir uns einmischen, damit das Wesentliche von Kirche nicht in den strukturellen Debatten und Regelungen untergeht. „Wir sind Kirche“, wie sich eine katholische Reformbewegung nennt und damit uns alle meint. Deswegen haben wir



auch eine unauswechselbare Verantwortung für das, was geschieht. Das geht beide christlichen Großkirchen an.

Zugleich gilt: In der jetzigen Zeit der Globalisierung, der gesellschaftlichen Umbrüche, der Sparpläne, die oft zu Lasten der Armen durchgesetzt werden, der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, dank derer die Reichen immer reicher werden auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden, in der Zeit der vorbereiteten Kriege, die unsere Ressourcen und Wirtschaftswege schützen sollen, angesichts der bedrängenden ökologischen Frage, ist es nötig, dass wir uns als Christen und Bürger einmischen um der Menschen willen.

Deswegen das Thema: Der Mensch in der Mitte. Doch da kommt sofort eine Frage: Der Mensch in der Mitte – nicht Gott? Wir werden uns dieser Frage stellen.



Anknüpfen möchte ich am Eingangssatz der Pastoralen Konstitution des II. Vatikanischen Konzils über die Kirche in der Welt von heute: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Es gibt

nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihrem Herzen Widerhall findet.“ (GS Nr.1).

Ich erinnere mich noch deutlich an die Überraschung und die Freude, als wir vor über 40 Jahren diese Worte hörten und lasen. Wir sahen darin einen fundamentalen Wandel der Kirche, einen grundlegenden Paradigmenwechsel: Das erste Interesse der Kirche galt nicht mehr der eigenen Selbstdarstellung in ihrer hierarchischen Gestalt oder der Vermittlung einer fertigen Botschaft, sondern der Solidarität mit den Menschen, mit ihrer Freude und Hoffnung, ihrer Trauer und Angst, vor allem der Bedrängten und Ausgegrenzten, der Armen und Armgemachten. Auf einmal waren die Menschen nicht mehr bloß Adressaten einer fertigen Botschaft, die im Gehorsam anzunehmen war, sondern Partnerinnen und Partner in der gemeinsame Suche nach der Wahrheit des Lebens, von denen die Kirche erst einmal zu lernen hat, wo denn der Schuh drückt, um darauf im Sinne Jesu antworten zu können.

Das erfordert natürlich ein sorgsames und wachsame Hinhören auf die Menschen: Wo sind ihre Freuden, wohin geht ihre tiefste Hoffnung, aber auch wovor haben die Menschen Angst, wo werden sie unterdrückt und bedroht, aus welchen Gründen drohen die Trauer und Resignation sie zu überwältigen, dass sie nicht mehr weiter können? Sie haben ja in der Telefonseelsorge gerade damit zu tun.

Wir sahen damals in diesem Stellungswechsel eine fundamentale Bekehrung unserer Kirche, einer Bekehrung zu den Menschen, die nicht Objekte kirchlichen Handelns sind, sondern Subjekte ihres Glaubens werden dürfen und sollen. Das heißt für alle Menschen: Entdeckung ihrer einmaligen Würde und ihrer Rechte, die ihnen keiner nehmen darf. Ich erinnere an Jesus, der die gekrümmte Frau aufrichtet (Lk 13,10-17). Die Frau sieht nur den kleinen Kreis vor sich auf dem Boden. Sie sieht nicht die anderen Menschen. Sie ist unfähig zu einer Begegnung auf Augenhöhe. Jesus richtet sie auf, äußerlich, aber dadurch auch innerlich. Er gibt ihr ihre Würde zurück. Das ist das Ziel Jesu: die entwürdigten und entrechteten Menschen wieder aufzurichten und ihnen die die Würde zurückzugeben, die Gott ihnen zugedacht hat. Wir sahen deswegen in der neuen Bewegung der Kirche auf die Menschen zu eine neue Inkarna-

tion, eine Menschwerdung der Kirche, die dringend anstand. Wir sahen darin die Nachfolge Jesu, der alle Herrlichkeit und Macht von sich tat, sich arm machte, Mensch unter Menschen, ihnen ganz nahe in Freude und Hoffnung, in Trauer und Angst, in Leben und Tod. Das meint genau dies, was wir in heutiger Sprache unter Solidarität verstehen, Solidarität mit allen Menschen, unabhängig ob sie zur Kirche gehören oder nicht.

So war und so ist Jesus: Er kommt am Sabbat in die Synagoge. (vgl. Mk 3,1-6). Er sieht den Mann mit der verdorrten Hand. Er hockt da am Rande, gerade noch von den Frommen geduldet. Jesus stellt ihn in die Mitte, nicht um ihn bloß zu stellen, sondern um deutlich zu machen, wer für ihn, für seinen Gott in der Mitte zu stehen hat: der behinderte, arme, ausgestoßene Mensch. Jesus merkt den Protest der Religionswächter. Seine Frage an sie: „Ist es erlaubt am Sabbat Gutes zu tun oder Böses? Einem Menschen zu helfen oder ihn zu vernichten?“ Die Wächter des rechten Glaubens und die Synagogenwärter verstummen ob dieser Frage. Voll Zorn blickt Jesus umher. Selten ist von diesem Zorn Jesu so deutlich die Rede. So grundlegend ist sein Widerspruch zu seinen Gegnern. Ihnen geht es um die Aufrechterhaltung der alten gesellschaftlichen und religiösen Ordnung. Sie meinen *so* Gott dienen zu müssen. Jesus geht um diesen Menschen, und deswegen geht es um seinen Gott, um den Gott auf der Seite der Menschen, um den Gott Israels, der Moses sagt: Ich habe die Klage meines Volkes gehört und sein Elend gesehen (vgl. Ex 3). Diesem Gott kann man nicht dienen, wenn man den Menschen, seine Freude und Hoffnung, seine Trauer und Angst aus den Augen verliert. Auch bei der Gegenpartei wird dieser grundsätzliche Konflikt deutlich: Sie gingen hinaus, um mit den Anhängern des Herodes zu überlegen, wie man Jesus beseitigen kann.

Deswegen ist „der Mensch in der Mitte“ kein Widerspruch zu dem „Gott in der Mitte“, denn es ist ein Mitvollzug der Liebe Gottes.

Doch die nachkonziliare Entwicklung unserer katholischen Kirche hat der Menschwerdung Jesu, dieser Bekehrung zu den Menschen nicht Stand gehalten. Die Synagogenwärter haben vielfach wieder das Sagen. Die neue Freiheit und die Zuwendung zu den Menschen scheinen vielen zu bedrohlich für die Wahrheit und die Einheit der einen Botschaft Jesu.

Das macht traurig und erfüllt manchmal auch mit Zorn. Doch das ist hier nicht das Thema.

Denn das alles ist nicht bloß eine Frage an die Kirchen als ganze, an ihre Leitung, sondern eben zugleich an uns alle. Wie leben wir unsere Solidarität mit den Menschen, vor allem mit den Armen und Bedrängten in unserer von Gewalt zerrissenen Welt? Haben wir Angst, Partei zu ergreifen? Wollen wir es möglichst allen Recht machen, in einer political correctnis oder einer ecclesial correctnis, die nicht anecken will? Sind wir bereit, auch die Konflikte auszuhalten, ohne Verbitterung, ohne Hass, ohne Resignation, die solche Solidarität mit sich bringt? Leben wir so, dass andere uns nach dem Grund unserer Hoffnung und Kraft fragen (vgl. 1 Petr 3,15)? Als wir Freundinnen und Freunde aus unseren Partnergemeinden in Brasilien bei ihrem Besuch in Marl fragten, warum sie angesichts der Übermacht des Elends und der Gewalt nicht resignierten, sondern voll Hoffnung weiter um mehr Leben kämpfen würden, da sagten sie: „Wir kämpfen schon lange. Wir haben euch als unsere Freundinnen und Freunde und wir glauben doch an den Tod und die Auferstehung Jesu. Wir wissen, dass wir nie am Ende sind und immer neu anfangen können.“ Wir waren beschämt ob dieses spontanen und unmittelbaren Zeugnisses des Glaubens und der Hoffnung. Wir finden bei den Armen und Bedrängten soviel Hoffnung und Freude, die uns selber weiter tragen können, auch wenn uns Trauer und Angst zu überwältigen drohen

Es geht ja nicht um das gute Bewusstsein, dass wir alles nach allen Seiten hin gut durchdenken oder gute und wahre Sätze haben, auf die wir uns berufen können. Es geht nicht um gute Grundsatzserklärungen. Es geht auch nicht um die Position, die Privilegien und die Macht der Kirchen und ihre Ordnung, sondern es geht um den Impuls, der vom Verhalten Jesu selbst ausgeht. Er hat sich immer wieder den Menschen zugewandt, den Aussätzigen und Ausgegrenzten, den Huren und Zöllnern, den Blinden und Lahmen. Wenn wir die Evangelien lesen, spüren wir immer wieder wie Jesus sich von solchen Menschen stören lässt bei seinen Wanderungen und Predigten. Dieser Impuls muss zur Perspektive kirchlichen Denkens und Handelns, zur Motivation werden, solidarisch zu sein und zu handeln, näher bei den Freuden und Hoffnungen, der Trauer und Angst der

Menschen von heute, vor allem der Armen und Bedrängten, wer immer dies auch sei, auch wenn wir dabei unsere Ohnmacht erfahren oder uns diese Solidarität in Isolation und Konflikte hineinführt. Ohne diese Zuwendung zum Menschen geht die Verkündigung der Frohen Botschaft ins Leere. Deswegen ist bei allen Neuordnungen der Gemeinden darauf zu achten, dass die Kirche nahe bei den Menschen bleibt oder wird. Die größeren Strukturen führen sonst leicht zu einer Anonymität und zur Ferne von den Menschen. Eine funktionierender Sakramentenversorgung, feierliche Gottesdienste und gute Predigten ohne Nähe zu den Menschen entsprechen nicht die Kirche Jesu Christi.



Damit die Kirchen heutig werden können, müssen sie auf die Zeichen der Zeit hören, auf die Botschaften, die ihr oft von außen entgegenströmen. Viele Christinnen und Christen können in diesen Zeichen wichtige Elemente der biblischen Botschaft entdecken, die allerdings in der Kirche lange verdrängt wurden und oft noch verdrängt werden:

Die Gender-Frage nach der Würde und dem Recht der Frauen in Kirche und Gesellschaft, Menschenrecht und Menschenwürde jedes einzelnen Menschen, das Demokratieverständnis, die neue Wertung der Sexualität, auch der Homosexualität, die ökologischen Fragen uns so fort.

Dazu gehört auch eine Kritik des neoliberalen Wirtschaftssystems, das alleine dem Kapital dient und den Menschen zunehmend zur Ware macht, viele Menschen zu Ausgegrenzten, die eigentlich nur als Belastung des Systems gesehen werden. Jetzt fordert unser Verteidigungsminister, die Bundeswehr müsse auch unsere wirtschaftlichen Ressourcen auf der ganzen Welt und die Wirtschaftswege für unseren Wohlstand militärisch verteidigen. Kein Aufschrei der Kirchen gegen die Planung von weltweiten Wirtschaftskriegen, die auch meilenweit von unserem Grundgesetz weg sind. Unsere Großkirchen sind so verstrickt in unsere Wirtschaftsordnung, dass sie höchstens in einzelnen Fragen sich kritisch zu Wort melden, aber nicht das ganze System kritisieren und aufkündigen.

Unsere Kirchen tun sich schwer, die „*Hoffnung und die Freude, aber auch die Trauer und Angst der Menschen von heute*“ wahrzunehmen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Es geht dabei nicht um eine naive Anpassung an den Zeitgeist, wie manche behaupten oder vermuten, sondern um eine kritische und selbstkritische Besinnung der Kirche auf ihre eigenen Ursprünge und Perspektiven. Die Zeichen der Zeit lehren uns, die verschütteten Zugänge zu unserer eigenen Botschaft neu zu entdecken und von dem Schutt der Allianzen mit den jeweils Mächtigen und von den Versuchungen der eigenen Macht (auch des eigenen Geldes) zu befreien.

Kirche – heute! Wenn die Kirche auf die Zeichen der Zeit hört und ihre eigene Botschaft vom Reich Gottes, das nahe herangekommen ist, selbst besser versteht und glaubwürdig lebt, dann gewinnt sie eine neue Glaubwürdigkeit und Kraft. Eine solche Kirche wird auch gebraucht in unserer zerrissenen Welt mit ihren vielen ungelösten Zukunftsfragen. Eine Kirche, die deutlich macht, dass sie nicht für sich selbst da ist, sondern für die Menschen, fällt auf in einer Welt des Geldes und der Egoisten, der Selbstdarstellung und des Lobbyismus für die eigene Macht. Sie wird „*heutig*“, gerade weil sie sich nicht den „*heutigen*“ menschenfeindlichen Mechanismen unserer Weltgesellschaft beugt. Sie wird zur „*Unterbrechung*“ (J.B. Metz) der scheinbaren Selbstverständlichkeiten, zum neuen Ort der religiösen Erfahrung und der nötigen Orientierung in den Schicksalsfragen unserer Zeit.

Mit all dem sind wir schon bei Ihrer Arbeit in der Telefonseelsorge. Bei Ihnen steht der einzelne Mensch im Mittelpunkt, wie bei Jesus der Lahme, der Blinde, der Knecht des Hauptmannes, die Tochter der Frau aus Samarien, die Hure, die Zöllner. Ihnen wendet er sich zu. So sprechen Sie mit großem Respekt mit den Personen, die Sie in ihrer Not anrufen. Sie nehmen die Freude und Hoffnung, auch die oft verzweifelte Hoffnung, die Trauer und Angst der Anrufenden ernst. Sie bereiten sich darauf vor, indem Sie Ihre Selbstwahrnehmung überprüfen, Ihre vielleicht unbewussten Vorurteile, Ihre eigene Hoffnung und Angst, damit Sie sich in den Gesprächen ganz auf Ihre Gesprächspartnerin, Ihren Gesprächspartner einlassen können, ohne moralische Verurteilung, ohne Besserwisserei, ohne Projektion Ihrer eigenen Probleme auf die Anrufenden. Dann steht für Sie wirklich der einzelne Mensch mit seiner Not, seiner Verzweiflung, vielleicht auch mit seiner verdeckten Hoffnung und Sehnsucht in der Mitte.

Doch dies ist ja ein *politisches* Nachtgebet. Deswegen wage ich auch die folgenden Gedanken: Wenn Sie bei Ihren Gesprächen auf gemeinsame Ursachen der Not stoßen, auf soziale Missstände, auf strukturelle Verwerfungen, auf mangelnde Sensibilität der Bürokratie, auf Gleichgültigkeit von Ärzten, auf Desinteresse bei kirchlichen Stellen, müssten sie dann nicht auch auf die zuständigen Stellen, auf Politik, Verwaltung und in den Kirchen zugehen, um diese Missstände zu überwinden, damit nicht Menschen weiter in Not getrieben werden, die sie dann bei Ihnen anrufen lässt? Auch das wäre Nachfolge Jesu, der sich nicht mit der Heilung des Mannes mit der gelähmten Hand beschränkte, sondern zugleich die Synagogenwärtler und Schriftgelehrten mit seinen Fragen zur Umkehr rief. Sicher, die Sorge um den einzelnen Anrufenden ist Ihre primäre Aufgabe, doch damit ist auch eine soziale und politische Aufgabe verbunden:

Die soziale Not, das Abgeschrieenwerden oder das Abgespeistwerden mit faulen Ausreden und bloßen Almosen treiben ja viele in die persönliche Verzweiflung und in die Ausweglosigkeit. Wo der Mensch und seine Arbeitskraft nur als Ware betrachtet werden, der Notleidende nur als Ballast, wo ganze Bevölkerungsteile unter dem Generalverdacht stehen, sie nutzen nur die soziale Hängematte aus, wo Menschen mit

Migrationshintergrund automatisch benachteiligt werden, da ist auch öffentlicher Einsatz und Protest nötig. Und dafür sind Sie in der Öffentlichkeit kompetent aufgrund Ihrer Erfahrungen in der Telefonseelsorge. Sie kennen und wissen, wovon Sie reden, und können dies tun, ohne die nötige Anonymität der Anrufenden zu gefährden. Vielleicht können Sie sich dafür mit anderen Initiativgruppen hier in Hamm verbünden.

So können Sie neue Glaubwürdigkeit gewinnen, vor allem bei den Armen und Ausgeschlossenen unserer Tage. Sie tun dies ja in selbstverständlicher ökumenischer Zusammenarbeit. Unsere Kirchen werden durch Ihren Dienst „heutig“ als Zeuginnen der Frohen Botschaft Jesu für alle Menschen. Viele Christinnen und Christen, auch ich, würden neue Freude und Kraft finden, in einer solchen Kirche mitzuwirken. Sie helfen mit, die Kirchen zusammenzuführen. Eine solche Kirche würde in ihrem Handeln und Reden transparent für das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, würde transparent für die Liebe Gottes zu jedem Menschen und vielleicht auch transparent für die antwortende Liebe der Menschen zu Gott. Denn die Kirche ist nicht Selbstzweck, sondern sie ist Gottes Sache, uns allen gemeinsam anvertraut, damit die Menschen das Leben finden, und es in Fülle finden (vgl. Jo 10.10).

Antje Vollmer

Predigt im Elften Politischen Nachtgebet zu Münster

am 12. November 2010

Matthäus 18, 21 + 22

Da trat Petrus zu ihm und sprach: Herr, wie oft muss ich denn meinem Bruder, der an mir sündigt, vergeben? Ist es genug siebenmal?



Jesus sprach zu ihm: Und ich sage Dir: Nicht siebenmal sondern siebzigmal siebenmal.

Liebe Gemeinde

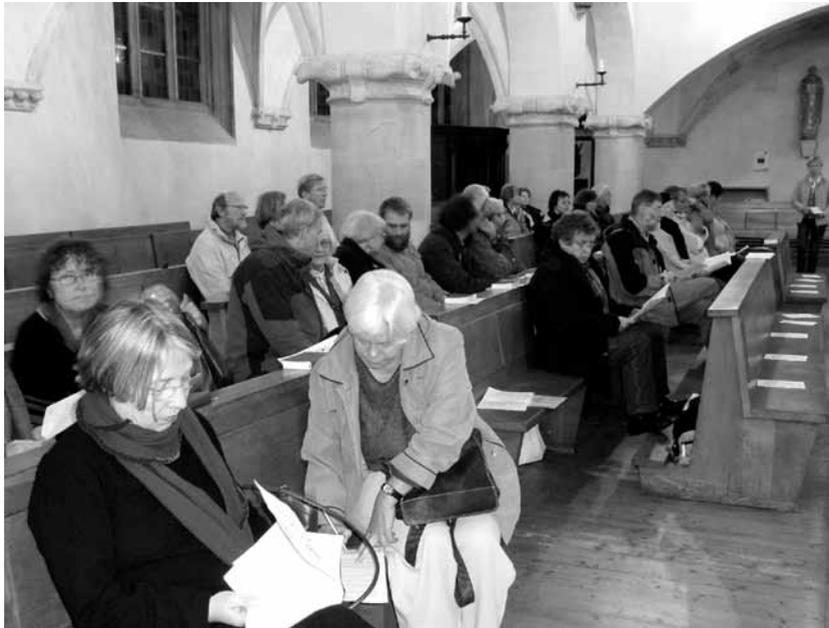
Ohne jeden Zweifel: Jesus war ein Radikaler. Er war ein radikaler Denker, er war ein radikaler Theologe, er war einer, der so zugespitzt dachte und formulierte, dass das vielen ein Ärgernis war. Diese Radikalität, diese Tatsache, dass sich viele an ihm gestoßen und viele über ihn geärgert haben, die schimmert selbst noch aus jenen Berichten

hervor, die ja selbst erst lange Zeit mündlich weitererzählt, erst sehr spät aufgeschrieben und dann auch in der Geschichte der Urchristenheit gelegentlich überarbeitet, abgemildert, einer anderen Umgebung ange-

passt wurden. Es ist anzunehmen, dass der Spruch: „Du sollst deinem Bruder, der sich an dir versündigt hat, nicht nur siebenmal, sondern siebzigmal siebenmal vergeben“, zu den ursprünglichen Redezitaten des historischen Jesus gehörte, die auch keine spätere Generation der Apostel aufzuheben oder abzumildern wagte. Denn sie gehörte zum Kernbestand der Botschaft, die Jesus in seiner Zeit verkündete. Und diese Botschaft betraf immer einen Gegenstand: Das Reich Gottes ist ein Reich des Friedens, das Reich Gottes ist ganz anders, als alle anderen Imperien. Das Reich Gottes beginnt heute und hier, es beginnt in Euch selbst, wenn Ihr seine Gebote einhaltet. Die Gebote dieses Reiches Gottes beziehen sich zwar auf die alten Gebote der alten Offenbarungen an das Volk Israel. Diese Tora-Gebote werden nicht aufgehoben, aber sie werden radikalisiert: Nicht siebenmal, sondern siebzigmal siebenmal!

Es ist interessant, in welchem Zusammenhang dieser Spruch auftaucht. Es ist Petrus, der Jesus fragt. Petrus ist der, der unter den Jüngern am meisten zu den überkommenen Alltagsreaktionen neigt. Petrus ist der männliche Haudegen, der das Schwert zieht, als man seinen Herrn und Meister im Garten Gethsemane verhaften will. Petrus ist aber auch der, dessen tapferer Heldenmut schnell zusammenbricht, als er in der Nähe des gefangenen Jesus von einer Magd erkannt wird und dann sagt: „Ich kenne diesen Menschen nicht!“ Er ist auch der Gutmütige, dessen Fassade schnell einbricht. Als der Hahn dreimal krächte und er begriff, wie sehr er Jesus verleugnet hatte, da weinte er bitterlich. Petrus ist der, der aus dem einfachen Volk kam, eine Familie hatte, eine Fischerei betrieb. Petrus ist der bodenständige, der in der Urchristengemeinde mit Paulus darüber streitet, ob die Botschaft Jesu nur für die Gemeinde in Jerusalem oder nicht für die ganze Welt gedacht ist. Da ist Petrus der Realpolitiker, der die Vision des Paulus für ein ideologisches Hirngespinnst hält und sagt: Lass uns doch hier erst einmal eine ordentliche Gemeinde bauen! Petrus ist der, dessen Name so gedeutet wird in einer anderen Bibelstelle, dass er wirklich der Fels ist, auf dem die neue christliche Gemeindeordnung zukunftstauglich aufgebaut werden kann. Petrus ist der, der sich dann schließlich doch überzeugen lässt, ins Zentrum des Weltreiches Rom zu gehen und der dann dort im Rahmen der ersten Christenverfolgungen hingerichtet wird. In dieser Spannung zwischen Bodenständigkeit, Volks-

nähe und den Anfängen eines weltumspannenden Kirchenimperiums ist Petrus eine Zentralfigur. Und zu eben diesem Petrus sagt Jesus: Die Wurzeln dieses Gottesreiches, von dem die Kirche ja nur ein Abglanz, ein Sinnbild sein kann, die sind Vergebung. Vergebung nicht siebenmal, sondern siebenmal siebenmal. Ohne Vergebung gibt es keinen Frieden.



Liebe Gemeinde

Es ist ja nicht schwer zu belegen, wieweit die ganze Kirchengeschichte von diesem Grundsatz abgewichen ist. Abgewichen ist sie, als sie dem Grundirrtum unterlag, das Gottesreich sei auch ein weltliches Imperium. Von Constantin an bis ins hohe Mittelalter wurde dieses an weltlicher Macht orientierte Gottesreich in den Händen vieler Päpste ein Weltimperium mit realer Macht. Es zwang Kaiser in die Knie, es verfolgte Andersdenkende, es führte Kriege und Kreuzzüge gegen andere Religionen, es erklärte Menschen, die sich auf dasselbe Evangelium beriefen, zu Ketzern und Hexen, denen niemals vergeben werden dürfe. Es verfiel auch dem

Grundirrtum, von „gerechten Kriegen“ zu reden. Ein „gerechter Krieg“ war damals einer, der der christlichen Leitkultur zum Alleinvertretungsanspruch in der Welt verhalf und Menschen mit anderen Überzeugungen dazu zwang, sich Rom zu unterwerfen.

Wir kommen diesem welthistorischen Missverständnis nicht wirklich auf die Spur, wenn wir all dieses Bestreben ins finstere Mittelalter verbannen oder in die moralische Verworfenheit und Charakterschwäche früherer Kirchenführer. Sicherlich gab es solche moralischen und menschlichen Defizite, wie es sie immer in den Sphären gibt, in der es um besonders viel Macht und Einfluss geht. Aber die größten Verbrechen gegen die von Jesus gemeinten Grundideen des Gottesreiches passieren nicht in der Absicht, das Böse zu tun, sondern in der Absicht etwas Gutes zu tun, in vermeintlicher göttlicher Mission.

Eine der gefährlichsten Einfallstüren in dieses tragische Missverständnis ist ein falsches Verständnis des Begriffs Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, dass es gerecht zugehen möge in der Welt, das ist eine der großen Ursehnsüchte der Menschheit. Es ist auch die Sehnsucht, die aus der Erfahrung kommt, dass es oft ungerecht zugeht in der Welt, dass ich mich gekränkt fühle, dass ich mich benachteiligt fühle, dass ich zu kurz komme, dass der andere unverdientermaßen so viel mehr Glück hat als ich.

Diese Sehnsüchte, diese Kränkungserfahrungen, dieses nicht Ertragen von Demütigungen, ist eine der großen Ursachen der Kriege. Die Uridee der Kriege kommt aus dieser Erfahrung, dass der Andere, der Fremde mich stört, dass ich mir selber helfen muss, dass ich ein Schwert in die Hand nehmen muss, damit die Lage wieder so wird, wie ich sie als gerecht empfinde. In dieser Situation entsteht dann oft der Anruf und Appell an Gott, doch an meine Seite zu treten. Der Appell an Gott: „Hilf mir gegen meine Feinde!“ bedeutet dann genau genommen: Werde Kriegspartei, damit ich, der ich schwach bin, auch am Ende als Sieger dastehe.

Solchen aus Kränkung geborenen Visionen eines Reiches voller Gerechtigkeit nach meinem persönlichen Maßstab, erteilt Jesus eine radikale Absage. Für diese Art von Wunscherfüllung steht er nicht zur Verfügung. Er ist die definitive Absage an einen Gott der Rache, aber auch an einen

Gott der Kriegsparteien und der weltbeglückenden und welterobernden Missionsaufträge. Es ist auch die Absage an eine christliche Leitkultur.

Was bedeutet eigentlich dieser Ratschlag „siebzimal siebenmal vergeben“? Genau genommen gewinnt man dadurch Zeit, unendliche Zeit. Wer siebzimal siebenmal vergeben muss, kann einfach nicht losschlagen. Wer siebzimal siebenmal vergeben will, der wird psychisch entwaffnet, der wird im wörtlichen Sinne still gestellt. Die Gewaltspirale wird einfach unterbrochen, als ob der Strom abgeschaltet wird. Dafür ist die Figur des Petrus so ein wunderbares Beispiel: Von der Bereitschaft zum wütenden Draufschlagen im vermeintlichen Rettungsinteresses seines Meisters kommt er zu der Erkenntnis seiner selbst: Ich bin es ja, der Jesus verleugnet hat. Ich bin es ja, der die Weltordnung stört, mit meinem Zorn, mit meinem Rachebedürfnis, mit meinem Wunsch nach triumphalen Ende einer für mich unerträglichen Bedrängungssituation.

Liebe Gemeinde,

Sie kennen alle die verblüffte Formulierung von Bärbel Bohley am Ende der Zeiten der revolutionären Umbrüche, als sie sagte: „Wir wollten Gerechtigkeit, bekamen aber den Rechtsstaat.“ Das ist genau so ein Petrusatz: Übersetzt heißt der: Wir mussten unsere persönlichen Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse aufgeben und bekamen ein System, das annähernd den gesellschaftlichen Frieden garantiert, nicht nur für die Opfer, sondern auch für die Täter, die Unrecht getan haben. Nicht Rache, sondern Rente und Rechtsstaat. Nicht mein Bedürfnis nach Gerechtigkeit, sondern die Einsicht in meine eigenen Schwächen und meine eigene Vergebungsbedürftigkeit. Nur wer das begreift, kann der Fels werden, auf dem ein Friedensreich gebaut wird.

Was heißt das nun für alle die Gerechtigkeitsfeldzüge und Kriege, die wir nach den großen Umwälzungen des Endes des kalten Krieges erleben? Ich fürchte, die Bilanz sieht im Sinne der radikalen Friedensbotschaft Jesu nicht besonders gut für uns aus. Das Bedürfnis nach Rache und auch das triumphale Bedürfnis, noch mehr zu siegen, ist sehr groß, die Vergebungsbereitschaft sehr klein. Je weiter weg von den Zeiten des realen Unrechts, in der Menschen gelitten haben und gequält wurden, um so größer das

Bedürfnis, niemals dieses Unrecht zu vergessen. Am einfachsten siegt es sich rückwärts gewandt, wenn der Sieg schon feststeht und das eigene Risiko im Streit ziemlich gering ist. So siegt sich heute auch leicht über die alten NS-Verbrecher, damals aber zur Zeit der realen Diktatur war Widerstand sehr schwer und lebensbedrohlich. In den Augen Jesu sind das nicht nur billige Siege, denn es gilt ja keiner realen Gefahr mehr, in den Augen Jesu sind es Wurzeln kommenden Unglücks. Was könnte man hier alles aufzählen: Die westliche Unversöhnlichkeit mit den Systemen des ehemaligen Ostblocks, die Unfähigkeit, der islamischen Welt einen würdevollen akzeptierten Platz in der kommenden Weltgesellschaft offen

zu halten, das hohe Aggressionspotential in unseren Medien, wenn es um kulturelle Auseinandersetzungen mit dem geht, was uns fremd ist und wir nicht gut verstehen.



„Auge um Auge, Zahn um Zahn.“
„Die verstehen nur die Sprache der Gewalt.“ „Was Recht ist muss auch Recht bleiben.“ Das sind so Sprüche, die mir

oft erscheinen, wie ein Pfeifen im Wald von Leuten, die selbst die Richtung verloren haben. Nicht siebenmal, sondern siebzimal siebenmal vergeben, das war der Ratschlag Jesu. Und übersetzt heißt das: Entwaffne Dich selbst von Deinen Aggressionen, sieh, dass Du selbst auf Vergebung angewiesen bist. Begreife, dass die ganze Menschengeschichte nur deswegen überhaupt existiert, weil sie von der ständigen Vergebung Gottes

lebt. Mit dieser Grundhaltung hast Du den ersten vorsichtigen zögernden Schritt getan in einer Haltung, die dem Reich Gottes gemäß ist. Nur so kann Frieden anfangen zu wachsen.

TERMINE

14. Mai 2011

Verleihung des Johannes XXIII.-Preises

Der erste Johannes XXIII.-Preises (ausgelobt von der PAX CHRISTI Bistumsstelle Münster) wird an Pfr. Norbert Arntz verliehen. So hat es der 14-köpfige Beirat nach mehreren geheimen Wahlgängen entschieden.

Die Verleihungsfeier findet im Franz-Hitze-Haus zu Münster statt.

Beginn 15 h mit Eucharistiefeier in der Edith-Stein-Kapelle (Franz-Hitze Haus)

Dem Gottesdienst steht Pfr. Norbert Arntz vor

Anschließend Stehkaffee

dem folgt die Verleihungsfeier. Die Laudatio hält Prof. Norbert Mette

Anschließend wird zu einem kleinen Abendimbiss eingeladen

ALLE PAX CHRISTI-MITGLIEDER IM BISTUM MÜNSTER
SIND ZUR VERLEIHUNGSFEIER HERZLICH EINGELADEN

2. Juli 2011

Studententag zum Menschenrecht auf Wasser

Die Durchsetzung des Menschenrechtes auf Wasser wird zu einem der großen weltweiten Probleme und Kriegsgefahren.

Heinz-Peter Vetten – Mitglied in der Kommission Weltwirtschaft und Ökologie - wird als fachkundiger Referent diesen Studententag inhaltlich füllen.

Zeit: Beginn 10 h

Ort: Münster, Breul 23 (Deutsches Studentenheim)

unser Büro

21. bis 29. August 2011

Deutsch-polnisches Jugendtreffen der Bistumsstelle Münster

In Auschwitz, Wadowice und Krakau werden sich deutsche und polnische Jugendliche treffen und gemeinsam Fragen diskutieren, die zu einer guten Nachbarschaft beitragen sollen.

Anmeldungen: Nachfragen im Büro

8. Oktober 2011

Diözesanversammlung 2011

„Endlich Aufbruch der Kirche zu einer geschwisterlichen Kirche“

Mit Prof. NORBERT METTE als Referent

Ort: Kolpingbildungsstätte Coesfeld

Eine Ausschreibung erfolgt in der nächsten Ausgabe

28.-30. Oktober 2011

Fulda

Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion in Fulda

3. November 2011

„Klimawandel als Sicherheitsbedrohung“

In Kooperation mit dem Franz Hitze-Haus laden wir zu einer Veranstaltung

„Der Klimawandel als Sicherheitsbedrohung - realistische Einschätzung oder Panikmache?“ ein.

Referentin: Sonja Vieten von der Universität Wuppertal

Ort: Franz-Hitze-Haus Münster

Zeit: 18.30 bis 21 Uhr

Anmeldungen im Büro

oder im Franz Hitze-Haus

Gedanken

Gedanken

Gedanken

INFO

Im Büro der Bistumsstelle erhältlich:

CDs der Nachtgebete

Drittes Nachtgebet (Predigt: Prof. Dr. Moltmann)

Viertes Nachtgebet (Predigt: Prof. Dr. Dorothee Sölle)

Sechstes Nachtgebet (Predigt: Dr. Ferdinand Kerstiens)

Siebtens Nachtgebet (Predigt: Prof. Dr. Heinrich Missalla)

Achtes Nachtgebet (Predigt: Prof. Dr. Hermann Steinkamp)

Neuntes Nachtgebet (Predigt: Dr. Heinrich Vokkert)

Zehntes Nachtgebet (Predigt: Dr. Ferdinand Kerstiens)

Preis je CD: 3 Euro

Foto-CDs auf Nachfrage:

Foto-CD von der Einweihungsfeier unseres Versöhnungskunstwerkes
"Von Angesicht zu Angesicht" in Gronau

Foto-CD zum deutsch-niederländischen Gedenken am 5. Mai 2005

Foto-CD vom Thesenanschlag zu Ahaus („Für eine neue Ethik“)

Foto-CD vom 60jährigen Jubiläum von PAX CHRISTI in Kevelaer/
Berlin 2008

Preis je CD: 3 Euro

Buch:

Ernst Dertmann / Hermann Flothkötter (Hg): "Hoffnung wider alle Hoff-
nung - Sachzwänge entgrenzen" (Festschrift für Ferdinand Kerstiens)

Preis: 14,80 Euro

Jubiläumskerze:

60 Jahre PAX CHRISTI

16 cm Höhe, 6 cm Durchmesser, weiß mit rotem Aufdruck - statt 3,50
Euro bei uns 1,90 €

Bürozeiten: Montag – Donnerstag, 11.00 – 16.00 Uhr

JOHANNES XXIII.
Aus den guten Vorsätzen („geistliches Tagebuch“)

Nur für heute werde ich mich bemühen, den Tag zu erleben,
ohne das Problem meines Lebens auf einmal lösen zu wollen.

Nur für heute werde ich in der Gewissheit glücklich sein,
dass ich für das Glück geschaffen bin.
Nicht für die anderen, sondern auch für diese Welt.

Nur für heute werde ich mich an die Umstände anpassen,
ohne zu verlangen, dass sich die Umstände an mich und
meine Wünsche anpassen.

Nur für heute werde ich eine gute Tat vollbringen.
Und ich werde es niemandem erzählen.

Nur für heute werde ich etwas tun,
wozu ich keine Lust habe es zu tun.
Sollte ich mich in meinen Gedanken beleidigt fühlen,
werde ich dafür sorgen, dass niemand es merkt.

Nur für heute werde ich fest glauben
- selbst, wenn die Umstände das Gegenteil zeigen sollten -,
dass die gütige Vorsehung Gottes sich um mich kümmert,
als gäbe es sonst niemanden auf der Welt.